Betrachtungen

Betrachtungen eines Engländers

über die

Oesterreichischen Zustände.

„A mesure que le zèle du bien public s'étein dans notre coeur, le désir de notre intérêt particulier s'y allume. Il devient notre loi, notre souverain, notre patrie."

„Quel étrange spectacle pour le zèle de l'homme public! Un grand royaume et point de patrie: un peuple nombreux, et presque plus de citoyens!"

D'AGUESSEAU.

Stuttgart.
Verlag von Karl Göpel.
1860.

Buchdruckerei von E. Greiner in Stuttgart.

In dieser Broschüre ist selbstverständlich nur von Systemen und nie von Personen die Rede, da diese sehr achtbar sein können, wenn das System noch so verwerflich ist.

Wo vom „Volke" die Rede ist, ist das ganze österreichische Volk gemeint, außer da, wo eine speziellere Erklärung beigefügt ist.

Ein noch detaillirterer Vergleich zwischen Oesterreich jetzt und Frankreich vor der großen Revolution hätte die Gränzen überschritten, welche eine solche Broschüre gestattet. Die Absicht des Verfassers war nur die Hauptmomente zu benützen, welche in beiden vorkommen.

Einleitung.

Diese Broschüre befaßt sich mit der politischen Regeneration Oesterreichs. Um die Möglichkeit derselben beurtheilen zu können, muß man vorerst einen Blick auf die sozialen Verhältnisse dieses Landes werfen, insofern dieselben einen Einfluß auf die politischen Zustände ausüben. Im Auslande hält man diese Regeneration auf friedlichem Wege für unmöglich. Es ist wahr, daß bei einem Volke, welches alles selbständigen und gemeinschaftlichen Handelns fremd und in Folge des Bevormundungssystems noch unreif ist, man mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Allein dieß läßt sich mit der Zeit heben. Das Kind, welches heute über Alles stolpert, geht in acht Tagen sicher. Der Mangel an Oeffentlichkeit in allen Zweigen der Verwaltung hat aber Wunden geschlagen, von denen man keine Ahnung hat und deren Heilung nur dadurch möglich ist, daß man die Ursache derselben klar in's Auge faßt und sich fest entschließt, mit den Ueberlieferungen abzubrechen und mit seinen eigenen Augen, nicht durch die Brillen Anderer zu sehen. Derselbe Geist, welcher die Verwarnung der Presse inspirirt, macht sich auch im Privatleben fühlbar. Wie die Regierung es nicht für gut findet, öffentliche Besprechung von Personen und Maßregeln zu gestatten, so

findet auch der Privatmann es unpassend, solche in seinem Kreise zu dulden. Wie wahr ist es, daß eine Regierung ein Volk veredelt oder verdirbt! Durch solches, wenn auch unbewußtes Nachäffen spielt man der Regierung — in einem absoluten Staate der größte Feind des Privatmanns *) — in die Hände und macht ihr alle späteren Mißbräuche leicht. Sobald man, aus Angst die Monarchie zu gefährden, die Thaten des Monarchen mit Still-

*) Daß der Besitzende in einem absoluten Staate schöne Worte erhält, dafür aber übermäßige Steuern zahlen muß, ist bekannt. Der Besitzende ist conservativ und nicht rührig, er verträgt viel und deßhalb ladet man ihm viel auf. Gleichviel welcher Partei der Minister, welcher die Steuern vorzuschlagen hat, angehöre, der Privatmann geht in der Regierung auf, und die Regierung ist eine Körperschaft, welche keine Gnade kennt — sie kann auch keine kennen — sie muß die nöthigen Mittel herbeischaffen, und sie nimmt sie da, wo sie am leichtesten zu nehmen sind. Die Meistbesitzenden laufen die größte Gefahr. Die Wenigstbesitzenden kommen am besten weg, da sie keine persönlichen Rücksichten für den Hof haben und sich deßhalb Bemerkungen erlauben, was der dem Hofe näher gestellte Adel nicht thun kann. Selbst erhebt dieser die Stimme nicht, und Niemand erhebt sie für ihn; und so wird sein Beutel, in aller Höflichkeit und unter Entschädigung einiger Orden, geleert. Bei einer freien Verfassung kann der Besitzende seine Stimme laut werden lassen so gut wie ein Anderer, da er nicht gegen den Monarchen, sondern gegen ein verantwortliches Ministerium opponirt, indem er der Billigkeit das Wort redet. In einem absoluten Staate hingegen rupft eine conservative, respektive reaktionäre Regierung den Adel mit Formen, eine demokratische (welche die gewöhnliche ist) thut es ohne Formen: und eine andere gibt es nicht. Prinzipiell muß jeder Besitzende in einem absoluten Staate in Opposition bleiben, in einem freien Staate hat er nur zu wachen. Die große Besteuerung der Besitzenden trifft indirekt den Nichtbesitzenden, da letzterer hungern muß, weil ersterer für Arbeit kein Geld mehr übrig hat.

schweigen übergeht, schont man wohl für den Augenblick diesen letzteren, aber die Monarchie wird zu einem morschen Götzenbild, welches beim ersten Stoß umfällt. Man thut noch mehr. Man stumpft alles Gefühl für Recht und Unrecht ab. Eine schlechte Sache bleibt schlecht, wenn sie auch von einem Monarchen begangen wird. Wenn man sie nicht tadelt, gesteht man ein, daß Einer Alles thun darf, wozu Andere nicht berechtigt sind. Dadurch wird eine Schlechtigkeit, je nach der Stellung der Persönlichkeit, welche sie ausübt, gemessen, und so hört jede Moral auf. Kann die Monarchie nicht Tadel und Lob, Sonne und Kälte, Wind und Wetter aushalten, so thut man am besten, sie abzuschaffen. Denn je mehr man aus ihr eine Treibhauspflanze machen will, desto weniger ist sie im Stande, die harten Stöße unserer rauhen Zeit zu ertragen. Es ist keine Mythe, die wir in einer Monarchie verehren. Es ist ein lebendiges Prinzip. Je mehr die normalen Lüfte der Besprechung an diesem Lebensbaum säuseln, desto fester werden die Wurzeln, um so weiter werden sie sich ausbreiten und um so reicher und kräftiger wird der Baum sich entwickeln und erhalten. Wie! man soll in einem Gebäude wohnen und nicht nachsehen dürfen, ob dasselbe nicht baufällig sei! Man soll sich und sein Alles einem unbekannten Boot anvertrauen, ohne untersuchen zu dürfen, ob dasselbe nicht leck ist! Wie kann man den besseren Monarchen erkennen, ohne ihn mit einem schlechteren zu vergleichen? Und wie kann er seine Fehler los werden, ohne sie zu kennen? Ihm sollte es am meisten darum zu thun sein, daß sein Volk ihm einen Spiegel vorhält. Wenn von einem freien Volke Zufriedenheit und Liebe dem Monarchen zugejauchzt werden, dann haben dieselben Werth. Wenn sie nur auf Bestellung und fabrikmäßig geliefert sind, werden sie dem verständigen Monarchen den Ruf von Friedrich

dem Großen erpressen: „Ich bin es müde über Sklaven zu herrschen."

Eine weitere Folge dieses Bevormundungssystems, ein fernerer Beweis, wie mächtig der verbildende Einfluß einer Regierung sein kann, ist in der großen Empfindlichkeit wahrzunehmen, welche bei der Besprechung vaterländischer Zustände bei manchem Oesterreicher sich kund gibt. Ein gebildetes Volk urtheilt objektiv, ein unreifes glaubt seine eigene Würde in den Fehlgriffen seiner Regierung compromittirt zu sehen. Es will Lanzen brechen für Alles und Jedes, und vergißt, daß sein Eifer die Thatsachen nicht ändern kann. Die Richtung, welche sein Wesen unmerklich erfaßt und seine Intelligenz in der freien Beurtheilung politischer Fragen gelähmt hat, ist nichts Anderes als eine kirchliche, auf's politische Gebiet übertragen. Diese Ansicht wird im Laufe dieser Broschüre etwas ausführlicher erörtert. Hier wird sie nur als eine Hauptschwierigkeit angeführt, welche jeder Besserung der österreichischen Zustände im Wege steht. Wenn man auf diese Schwierigkeit aufmerksam gemacht wird, so ist zu erwarten, daß man die Richtigkeit derselben prüfe. Diese Prüfung ist es, was wir erstreben, da unter allen anerkannten Schwierigkeiten diese, die gefährlichste von allen, so weit uns bekannt, immer übersehen worden ist. Wenn nun die Mahnung von conservativer Seite kommt, wird man eher geneigt sein, sein Ohr einer bitteren Wahrheit zu öffnen, als wenn dieselbe der Gehässigkeit einer Parteileidenschaft entspringt. Eine deutsche Auffassung der österreichischen Verhältnisse müßte, mehr oder minder, eine subjektive sein, da man sich nie völlig von der Parteilichkeit losreißen kann; eine englische hingegen erlaubt Einem über den Parteien zu stehen, und so lange dieselbe die Grenzen einer allgemeinen Betrachtung nicht überschreitet, wird eine allfällige ge-

ringere Kenntniß der Verhältnisse ihr Urtheil nicht entkräften. Wir glauben fest, daß Mancher nach obenerwähnter Prüfung zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß sein früherer Standpunkt, so homogen er seiner sozialen Stellung und seinem gewöhnlichen Gedankengang auch gewesen sein mag, einseitig und nicht zeitgemäß war, daß folglich die Schlüsse, die er gezogen hatte, falsch waren, daß seine frühere Anschauung, so theoretisch schön sie auch gewesen sein mag, ihn von aller wirksamen Theilnahme an der Umgestaltung seines Vaterlandes abgehalten hat, und daß seine Intelligenz und seine brauchbaren Kräfte durch die Schroffheit seiner Ansichten paralysirt waren. Man hat mit Menschen und nicht mit Ziffern zu thun.

Was die Bevormundung des Staats auf politischem Gebiete verschuldet hat, verschuldet noch das Konkordat auf religiösem, und dieser Faktor darf nicht übersehen werden, wenn man die Schwierigkeiten aufzählt, mit welchen Oesterreich zu kämpfen hat. Die Regeneration des Landes hängt nicht allein vom Staate ab, das Volk muß mitwirken und mitwirken können. Wenn also die höheren Schichten der Gesellschaft, die einen großen Antheil an dieser Mitwirkung haben sollten, sich zu kirchlichen Polizeidienern herablassen, ihr sonst gesundes Urtheil aufgeben und die Unabhängigkeit des Denkens — ihr und des Naturadels unveräußerliches Recht — Polizeivorschriften unterordnen, sind sie wohl fähig, eine kirchliche Prätorianer-Bande zu bilden, aber durchaus ungeeignet, nur einen Baustein zu einem Gebäude zu legen, wo eine freie geniale Auffassung für die Tüchtigkeit der Pläne und ein vereintes Handeln für die Solidität des Baues nothwendig sind. Zu diesem Bau gehören Ernst und eine freie Denkungsart, nicht schale Witze und Verdächtigung der Motive Andersdenkender.

Bei der gegenwärtigen Lage Oesterreichs hat man zu untersuchen, was unter den obwaltenden Umständen am besten zu thun sei, und nicht, was das Ideal einer Umgestaltung wäre. Um dieß durch ein Beispiel noch deutlicher zu machen, nehmen wir an, daß der Standpunkt des Kardinal Rauscher z. B. ein äußerst humaner und rein patriotischer ist. Ein allgemeiner wird er aber wohl nicht sein, ebensowenig wie ein slavischer, ein magyarischer, ein aristokratischer, oder ein demokratischer. Sobald man also diesen einseitigen Standpunkt adoptirt, trachtet man, alle Entwicklungen mit seinen speziellen Wünschen in Einklang zu bringen, und da es tausenderlei solche Standpunkte gibt, ist an ein einmüthiges Vorgehen nicht zu denken, bis man alle diese einzelnen einem großen allgemeinen zum Opfer bringt, und dieser allgemeine Standpunkt wäre, die Erreichung einer geregelten und gesicherten Freiheit, mit Wahrung aller Rechte. Wenn man nur diesen allgemeinen Standpunkt als den seinigen anerkennt, ist die Bahn zur Einigung schon gebrochen. Die spezielleren Auffassungen werden dann zur Neben- und nicht zur Hauptsache, und eine Lösung wird möglich. Wir erwarten gerade nicht, daß eine übermäßige Dosis Bruderliebe den Kardinal erfasse, oder daß der Slave den Magyar umarme; aber sowohl der eine als der andere könnte seine Träume dem Erreichbaren hintansetzen und das Vaterland, das groß gewesene und hoffentlich noch groß werdende Oesterreich, für einmal höher schätzen, als einen fremden Fürsten und eine geliebte Nationalität.

Es sind noch so viele gesunde Kräfte in Oesterreich vorhanden, welche, von einer vorgefaßten Meinung befreit, ihrem Vaterlande den wesentlichsten Dienst leisten könnten, und zu den gesundesten zählen wir den Adel. Er ist durch seine Stel-

lung, seine Bildung und seinen Besitz hauptsächlich auserkoren, die Regeneration des Vaterlandes zu leiten, die Macht aber, welche er besitzt, kann sowohl zum Schlechten als zum Guten führen: und ist der Adel der Wichtigkeit seiner Aufgabe nicht bewußt, stellt er sich nicht felsenfest, unabhängig und uneigennützig der Regierung gegenüber, so wird er eher zum Fluch als zum Segen. Der Monarch bedarf der Wahrheit, diese kann er nur in gemessener Form vom Adel erfahren; sobald die rauhe Stimme des Volkes sie verkündigt, ist die Rolle des Adels ausgespielt.

Was für materielle Kräfte in Oesterreich ihre Wurzel haben, beweisen am besten die großen industriellen Unternehmungen. Der Adel hat seinen Theil daran, und wenn man gerecht sein will, muß man es ihm sehr zu gute halten, daß er es nicht verschmäht hat, dem Handel und der Industrie die Hand zu reichen. Daß er es in seinem eigenen Interesse gethan hat, ändert an der Sache nichts, da er sich anders auch zu helfen gewußt hätte, wenn seine Vorurtheile so eingewurzelt gewesen wären, als man es oft behaupten will. Daß der Adel in diesem Punkt den Zeitgeist erfaßt hat, läßt hoffen, daß er ihn auch in anderen Punkten verstehen wird.

Man darf eine Eigenthümlichkeit in den sozialen Verhältnissen Oesterreichs nicht übersehen, welche einigermaßen die Einheit des Landes hindert. Ein Böhme z. B., dessen Muttersprache die deutsche ist, und der seine Bildung Deutschland verdankt, will doch nicht als Deutscher gelten, sondern nur Oesterreicher sein, obwohl ihm Oesterreich keine andere Sprache und Bildung als die deutsche geben kann. Er ist ein armes, geplagtes Wesen: Oesterreich hält seinen Leib und Deutschland seinen Geist gefesselt. Eine Henne mit Entlein beim Wasser ist

kaum mehr zu bedauern. Solche kleinliche Wortklauberei verdient nur insofern Erwähnung, als sie noch den Parteigeist vermehrt, welcher dieses unglückliche Land so unbarmherzig zerreißt. Daß der Oesterreicher, dessen Muttersprache slavisch oder ungarisch ist, sich als Oesterreicher, beziehungsweise Slave oder Ungar, ansieht und nicht als Deutscher, ist begreiflich; aber auch der Böhme oder der Magyar, wenn er auf Bildung Anspruch macht, braucht sich eines Landes nicht zu schämen, welches einen Lessing, einen Kant, einen Göthe, einen Schiller aufzuweisen hat, und obschon die Werke dieser Heroen ihm in seiner eigenen Sprache zugänglich sind, so ist die Farbe doch verloren, welche dem Original den eigentlichen Reiz verleiht. Es ist ungefähr dasselbe Verhältniß, wie mit Vor- und Zunamen, der eine hat zwei Vornamen, wie Deutsch-Böhme, Deutsch-Mähre, der andere nur einen, wie Ungar oder Krainer, aber der Geschlechtsname bleibt immer Oesterreicher. Ist der ganze Streit etwas anderes als die brausenden Wellen in einem Theekessel?

Dem unparteiischen Beobachter muß es immerhin als ein Mangel an Takt erscheinen, wenn die Unterthanen einen Stolz darein setzen, anders zu sein als das Oberhaupt des Staats, und eine andere Sprache als die der Kaiserstadt zu reden. Es ist natürlich hier nur von den gebildeten Ständen die Rede. Wenn ein Schatten von Vaterlandsgefühl vorhanden wäre, würden solche Erbärmlichkeiten wegfallen. Jeder vermögende und gebildete Oesterreicher ist seinem Kaiser so viel Respekt schuldig, daß er dessen Sprache spricht oder sprechen lernt, und dieselbe als Landessprache anerkennt.

Die Regierung gibt sich nur Blößen und hilft noch mehr den Sonderheitsgelüsten, wenn sie in die Volksentwicklung

eingreift, da sie sich für die eine oder die andere Richtung aussprechen muß. Wenn es dem Volke offen stünde, seine Kinder nach Belieben zu erziehen und die Regierung nur darauf bestünde, daß jedes Kind in die Schule ginge, würde der Zwang aufhören, der jetzt so lästig ist, und nur der moralische Zwang, die Sprache zu lernen, welche zur Bildung und um eine Carrière zu machen nöthig wäre, eintreten. Die freie Entwicklung, welche ein freiwilliges Schulsystem gestattet, erzieht Bürger und nicht Automaten. Der legitime Zwang der Interessen führt zum Ziel — der Zwang der Regierung macht nur Trotzköpfe. Der Staat muß darauf bestehen, daß eine gesunde Moral in der speziellen Provinzsprache gepredigt werde, kann sich aber in Theater-Unternehmungen nicht einmischen *), da es nutzlos wäre, ein Theater zu gründen, wo es nicht begehrt wird, oder wo es nach kurzer Zeit, wegen Mangel an Zuspruch, eingehen müßte. Wenn es wirklich ein Bedürfniß ist, werden sich Unternehmer dazu finden, ohne daß der Staat es nöthig hätte, die eine oder die andere Partei vor den Kopf zu stoßen.

Es ist zu wenig bedacht worden, inwiefern die Verschiedenheit der Nationalitäten zu Oesterreichs Schwäche beiträgt. Nach unserem Dafürhalten hat man hierin mehr Grund gesucht, als eigentlich darin liegt. Wir möchten ganz bescheiden fragen, ob die getheilte Huldigung, welche die österreichischen Unterthanen dem Kaiser und dem Papst schuldig zu sein glauben, nicht ihren wesentlichen Antheil an der Zerspaltung des Landes habe? So viel ist gewiß, daß z. B. ein Hauskaplan, der nach einem Einfluß in der Familie strebt, diese zuerst zu entzweien.

---

*) Diese Einmischung wurde für ein böhmisches Theater vom Staate begehrt.

sucht. Mag dieß nicht bei Oesterreich auch der Fall sein? Die Einigkeit Englands besteht eigentlich erst seit Heinrich VIII., und noch heutzutage ist sie äußerst schwach in den südlichen Grafschaften Irlands, wo ein fremdes Element seine Macht geltend machen will. Wenn wir uns nicht irren, so ist die Einigkeit Frankreichs großentheils der unabhängigen Stellung der gallikanischen Kirche zuzuschreiben, und in dem herrlichen Schweizerland ist nur Uneinigkeit zu finden, wo Rom dieselbe ausstreut. Hier ist nicht der Ort, diese Frage gründlich zu erörtern, sie wird nur angedeutet. Jedenfalls hat der Same der Zwietracht, den Rom in Oesterreich ausstreut, ebensoviel Schuld an der Schwäche Oesterreichs, als die Verschiedenheit der Nationalitäten, da wir auch in England nur da Uneinigkeit finden, wo Rom einen Einfluß hat.

Wie strafbar lächerlich war die Demonstration von Seite der englischen Katholiken zu Gunsten des Papstes! Wenn England dem Papst Krieg erklärt hätte, in welche Lage hätte diese unüberlegte Handlung diejenigen unter ihnen gesetzt, welche gegen ihn hätten ausziehen müssen! Die Freiheit des Redens und Handelns im Lande selbst bedingt keineswegs ein ähnliches Auftreten fremden Mächten gegenüber. Kein Monarch, der den Namen eines Monarchen verdient, kann zugeben, daß seine Unterthanen einem fremden Fürsten ihre Huldigung darbringen.

Wir haben gesagt, daß Oesterreich groß war und wieder groß werden kann. Wir möchten nicht mißverstanden sein. Wir denken nicht an eine Wiedereroberung Italiens, welche, die Unmöglichkeit abgerechnet, auch in der Zukunft nicht weniger eine Ursache der Schwäche sein würde, als es bis anhin war. Zweifelt Jemand an dieser Unmöglichkeit? Wäre ganz Europa, Oesterreich ausgenommen, in Krieg, dann könnte letz-

teres Italien wieder nehmen, falls ihm die Gelder dazu bewilligt würden. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß ein Parlament sich dazu verstünde, und ohne Parlament kann Oesterreich unmöglich Anleihen kontrahiren. Niemand würde dem heutigen Oesterreich einen Heller borgen, außer zu Bedingungen, welche es nicht annehmen könnte. Die zukünftige Größe Oesterreichs, auf die wir rechnen, muß aus der Regeneration des Landes selbst hervorgehen, und um diese in's Werk zu setzen, wird der Adel vielleicht die Stelle eines Hampden übernehmen müssen. Ein Reichsrath ist zu diesem Zwecke nutzlos. Wenn Oesterreich einmal eine feste einheitliche Macht im Innern ist, seine Steuern vermindert und seine Finanzen geregelt sind, dann erst — und dazu braucht es eine geraume Zeit — kann es an eine angreifende Politik denken, und hoffentlich werden bis dorthin die materiellen Interessen so überwiegend sein, daß man es für klüger finden wird, Handelsverträge zu schließen, als Kriege zu führen.

Wenn nur unter den vielen schweren Prüfungen, welche auf dem Weg zur Regeneration nicht ausbleiben können, kein feiger Egoismus und keine übelangewandte Härte eine Versöhnung zwischen Fürsten und Unterthanen unmöglich machen! Der Herrscher Frankreichs wäre zum großen Manne geworden, wenn er nach dem Orsinischen Attentat die Freiheit in Frankreich verkündigt hätte; er zog es vor, die Leute nach Cayenne zu schicken, und bewies eine niedrige Seele. Was that der große Friedrich? Wie man auf der Straße eine Schmähschrift gegen ihn nicht gut lesen konnte, da sie zu hoch angeschlagen war, ließ er sie heruntersetzen! Dieß Verfahren bewies Muth und Klugheit. Die Machinationen der Uebelgesinnten werden auf diese Art zu Nichten gemacht. Man rechnet auf Härte, welche noch

größere Exzesse hervorruft; man findet Milde und die Lacher bleiben auf Seite des Monarchen. Härte ist eine würdige Tochter der Furcht. Die Furcht macht die Gefahr in der Wirklichkeit größer dadurch, daß sie dieselbe nur mit Vergrößerungsgläsern ansieht — sie ergreift Maßregeln, welche gerade das Feuer schüren, das sie zu löschen beabsichtigt. So macht z. B. die Furcht aus einem Studentenkrawall eine Revolution, erweist den Studenten die unverdiente Ehre, sie für gefährlich zu halten, und macht sie dadurch wirklich gefährlich, währenddem, wenn man den Krawall en bagatelle behandelt und lächerlich macht, er ohne Gefahr vorüber geht, sich nicht leicht wiederholt und keine Erbitterung zurückläßt. Die Polizei und nicht das Militär sollte hier einschreiten. Der Anblick der Waffen allein macht die Leute glauben, daß sie wichtig sind, daß das Vaterland sie als Helden betrachtet, und solchen Unsinn mehr. Die Studenten müssen natürlich in ihrer Rolle bleiben, und die Regierung ist einfältig genug, ihnen bei diesem Komödiespielen behülflich zu sein. Jeder Schuß, der fällt, schadet der Regierung viel mehr, als er nützt, da er die Angst derselben bekannt macht. Wäre nicht eine feige Furcht vorhanden, würde man ganz ruhig einen Volksauflauf gestatten, der doch, beim eintretenden Skandal, der Polizei und schließlich dem Gesetze anheimfällt. Der Prestige des Militärs wird durch solche unter seiner Würde stehende Aufgaben geschwächt, und dem gebildeten Offizier muß dieses Waffenhandwerk in der Seele verhaßt sein.

Es wird wohl nicht als eine Indiscretion angesehen werden, wenn ein Engländer, der mit Herz und Interesse an Oesterreich hängt, die Fluth der Broschüren über Oesterreichs Zustände durch ein kleines Exemplar vermehrt. Es mag vielleicht interessant sein zu hören, wie er von seinem Standpunkte aus die Sachen auffaßt, und es könnte sich ereignen, daß eine seiner Ideen Anklang fände.

Er ist sehr liberal und sehr conservativ, beides im englischen Sinn. — Er betrachtet Rückschritt und Stillstand als synonym und revolutionär, — Ueberstürzung, d. h. die Annahme von Reformen, welche vorzeitig sind, deren Bedürfniß nämlich nur in dem Kopfe gewisser Theoretiker liegt und nicht durch das ganze Volk gedrungen ist, als demokratisches Courmachen und ein sehr gefährliches Spiel, dagegen ein genaues Beobachten der Zeichen der Zeit, und ein Gewähren zur rechten Zeit als das einzige Mittel, allen revolutionären Tendenzen vorzubeugen. Als liberal spricht er die größtmögliche Freiheit an, welche mit monarchischen Institutionen vereinbar ist; daraus folgt, daß er allen Extremen abhold ist, und demokratische Bestrebungen auf der

einen Seite, sowie absolutistische auf der andern als quasi identisch ansieht (die einen in der Regel gehen in die anderen über) und sie mißbilligt. Mit dieser Anschauungsweise kommt er nun nach Oesterreich, und tief betrübt über das was er sieht und hört, erlaubt er sich, seine Eindrücke über den jetzigen Zustand der Dinge in dem großen Kaiserstaate dem Publikum mitzutheilen.

In erster Linie kann der Fremde sich eines unheimlichen Eindrucks nicht erwehren, welchen die Aehnlichkeit zwischen Oesterreich von jetzt und Frankreich vor 1789 in mancher Beziehung auf ihn macht, und obschon bei dem verschiedenen Culturzustand beider Länder eine Wiederholung der Gräuel der Schreckenszeit nicht zu erwarten ist, befürchtet er doch, daß die Dynastie eben so leicht, ja sogar noch viel leichter — da man das Muster einer gelungenen That vor Augen hat — Schaden nehmen könne. Der schreckliche Witzgeier flattert schon über dem Haupte des Herrschers, wie es auch in Frankreich die losen Scherze waren, welche den Nimbus der Krone, „the Majesty hat doth hedge in a King,“ zerstörten.

Außer den Punkten, worin sich diese beiden Länder gleichen, welche später in Betracht kommen werden, gibt es noch solche, wo Oesterreich entschieden im Nachtheile ist, und der gefährlichste von diesen ist vor Allem der totale Mangel an Einheitsgefühl, welches die Monarchie zusammen halten sollte. Ist es nicht genug, um die stärkste Seele zu erschüttern, wenn man bedenkt, daß gegenwärtig eine Provinz schon die Huldigung versagt, und eine zweite nur mit einem Faden an der Monarchie hängt? Ist dieser Faden einmal zerrissen, lösen sich alle Bande, welche die anderen Provinzen an die Monarchie knüpfen. In Frankreich war doch ein allgemeines Gefühl für's Vaterland

vorhanden, wenn gleich keine Sympathie mehr für die Dynastie da war. In Oesterreich scheint leider das Eine und das Andere theils zu schwinden, theils schon geschwunden zu sein.

Dieser sehr bedenkliche Zustand, der von Niemanden geläugnet werden kann, wird aber nur zu oft, statt nach dem Thatbestand der Dinge, nach dem Wunsche des Einzelnen beurtheilt. Es beruhigt Viele, sich einzubilden, daß ein Glied vom Körper abfallen könne, ohne daß der ganze übrige Körper mit leidet; sie bedenken nicht, daß zwar ein Staat eine gewaltsame Krisis durchmachen, sich wieder erholen, und noch kräftiger werden kann als zuvor, daß aber ein Staat verloren ist, der zugibt, daß ein untergeordneter Theil desselben sich vom ganzen Körper lostrenne. Aus dem Gesammtstaate, welcher durch seinen Ländercomplex allein im Stande ist, Achtung nach Außen zu gebieten, könnte im besten Falle nach Jahren unseliger Bedrängnisse ein Föderativ-Staat gebildet werden, oder aber es werden, was wahrscheinlicher ist, die verschiedenen Länder auseinander gehen und jedes, je nach seiner Lage, Gefahr laufen, von einem Nachbar verschlungen zu werden.

Es entstände aus einer solchen Zerstücklung ein fernerer Uebelstand, der, wie er sich im Privatleben bei zerrütteten Finanzen immer fühlbar macht, um so mehr bei dem Staate. Eine Herrschaft, welche große Lasten zu tragen hat, kann sich noch erhalten, so lange die Familie beisammen bleibt; scheidet aber ein Glied aus derselben und begehrt seinen Pflichttheil, dann muß die Herrschaft verkauft werden. Bei der freiwilligen Losreißung einer Provinz treten aber außer den materiellen noch moralische Faktoren dazu, welche die Entkräftigung des Gesammtstaates vermehren.

Eine Losreißung setzt eine Mißverwaltung von Seite des

Gesammtstaates voraus. Ohne Hoffnung auf Verbesserung ihrer Verhältnisse würde eine Provinz die Vortheile, welche sie als Glied eines Gesammtstaates genießt, nicht in die Schanze schlagen. Wenn also ein Gewinn aus solcher Losreißung erwächst, wäre es den andern Provinzen zu verargen, wenn sie dem gelungenen Beispiele folgten? Sie müßten es sogar thun; die Lasten, welche früher, sagen wir, zehn Provinzen zu tragen hatten, müßten nunmehr von neun getragen werden. Es ist klar, daß die Lasten, welche zehn kaum erschwingen konnten, neun vollkommen zu Grunde richten würden. Die geringeren Ausgaben nach dem Verlust einer Provinz stünden in keinem Verhältniß zu den verminderten Einnahmen, so wenig wie die Lasten, welche die losgetrennte Provinz übernehmen könnte, zur Staatsschuld.

Es wäre denkbar, daß ein Staat materiell gewinnen würde durch den Verlust einer Provinz, bezüglich welcher die Ausgaben für sie die Einnahmen aus ihr überstiegen. Dann müßte er aber selber das kranke Glied abschneiden; ließe er diese Operation von seinen eigenen Unterthanen geschehen, dann ist der Gesammtstaat in seinen Grundfesten erschüttert. Es muß jedem unparteiischen Beobachter einleuchten, daß die Interessen aller Provinzen sich in einem, dem allerwichtigsten, Punkte vereinen, nämlich dem finanziellen, und dieser Punkt ist gewiß das goldene Schifflein, womit die divergirenden Gefühle so vieler Nationalitäten, wie sie Oesterreich aufzuweisen hat, zu einem harmonischen Ganzen sich verweben lassen.

Eben so illusorisch ist die Ansicht, daß, durch die Losreißung einer Provinz, alle übrigen um so fester an der Monarchie halten würden.

Auch das Verhältniß des Adels in Frankreich zur dortigen

Regierung vor 1789 ist von dem des österreichischen nicht verschieden. Es ist bekannt, daß der Adel in Frankreich eine Kaste war und wie er, allen Einflusses im Staate beraubt, den Sturz desselben nur beschleunigte, anstatt ihn aufzuhalten, wie es seine Aufgabe gewesen wäre. Seine Stellung im Lande war eben für's Gute Null, für's Böse mächtig. Und diese Stellung verdankte er der Centralisation.

Ist die Stellung des Adels in Oesterreich nicht eben so schlimm? Ob die Regierung daran Schuld sei, oder die kastenartige Stellung des Adels selbst, oder ob nur die Verhältnisse dieselbe verursacht haben — das Faktum ist, daß der Adel gegenwärtig nicht die Stellung im Lande einnimmt, die er einnehmen soll. Ziehe man eine Parallele zwischen der Stellung des Adels in Oesterreich, einem nichts weniger als freien Lande, und der Aristokratie in England, einem Lande, welches wegen seiner großen Freiheit sogar von oberflächlichen Beobachtern als ein republikanisches angesehen wird.

In England wird es ein Jeder als eine Ehre ansehen, mit einem „Peer" zu verkehren, oder wenigstens in gutem Einverständniß mit ihm zusammen zu wirken. In Oesterreich hingegen läßt es sich jeder kaiserliche Beamte, der in der Regel von keiner hohen Herkunft ist, angelegen sein, ahnenreichen Grundbesitzern die Macht seiner Autorität fühlen zu lassen. In England betrachtet man einen „Peer" mit weiten Feldern und großen Mitteln als einen Theil des nationalen Ruhms. Das Volk ist auf die Schlösser und deren Parke stolz. Die Intelligenz des Landes begrüßt mit Jubel einen aristokratischen Mitarbeiter auf dem literarischen oder wissenschaftlichen Gebiete, und die Gegenwart der Aristokratie verleiht jedem Volksfeste erst die eigentliche Weihe; während in Oesterreich die Regierung es ungern sieht,

wenn der Adel sich gar zu populär oder überhaupt einflußreich machen will. Hier gingen seit Jahren alle Bestrebungen der Regierung darauf hin, den Adel von aller Theilnahme an den Staatsangelegenheiten zu entfernen, so lange derselbe die bureaukratische Fahne nicht aufsteckte. Die natürliche Folge von dieser Politik war, daß der Adel sein Ansehen im Lande, ja sogar bei seinen unmittelbaren Untergebenen, verloren hat. Das innige Verhältniß, welches zwischen dem Besitzenden und dem Nichtbesitzenden bestehen sollte, und am natürlichsten sich auf dem Lande entwickelt, wo die zwei, sonst so weit aus einander liegenden Stände in so nahe Berührung kommen, ist gewaltsam gestört worden. Und doch, wie naturgemäß ist das gegenseitige Bedürfniß, welches die beiden Stände verbindet! Für die Hilfe, welche der Besitzende im Stande ist, dem Nichtbesitzenden zu gewähren, wird letzterer gerne bereit sein, ersterem seine Achtung zu erweisen und, wo er kann, ihm zu dienen. Wo dieß nicht der Fall ist, „ist etwas faul im Staate Dänemark."

Der Verfasser der „bürgerlichen Zustände" sagt, daß „die englische Aristokratie deßhalb unverwüstlich sei, weil ein starker Bürgerstand hinter ihr ist." *)

---

*) Wäre nicht eher die Lebensfähigkeit der englischen Aristokratie dem Umstande zuzuschreiben, daß dieselbe sich aus anderen Ständen rekrutiren kann? Daher frisches Blut, andere Interessen. Hingegen hat er vollkommen Recht, wenn er sagt: „Man sieht daraus, daß es ein Akt der Selbsterhaltung für die Aristokratie ist, den in der rauhen Luft dieser Zeit immer reichlicher abwitternden Theilen ihres Standes den Uebertritt in die Bürgerschaft und das Ergreifen einer bürgerlichen Hantierung zu vermitteln, und nicht durch Ansprüche und Zugeständnisse ohne Sinn und Verstand die verdorbenen Aristokraten für die Reihen des vierten Standes systematisch zu pressen."

Oesterreich hat einen großen Vortheil vor dem damaligen Frankreich voraus, und dieses ist das Landleben des Adels. Bis jetzt zum Glück hat es sich so erhalten, und so lange noch die Jagd besteht — und die Jagd ist bei dem Stande unserer Bildung eine politische Nothwendigkeit — werden die Verhältnisse in diesem Punkte sich schwerlich anders gestalten. Ein Jeder, welcher Partei er auch angehöre, wird zugeben müssen, daß Alles, was die großen Grundbesitzer an ihre Besitzungen fesselt, aus staatsökonomischen Rücksichten sorgfältig unterstützt werden muß. Wenn auch das Vermögen während einer Zeit der Stadt zu Gute kommt, so wird doch der Hauptnutzen desselben an dem Orte verbreitet werden, von welchem es ausgeht. Dieß ist eben so billig als wünschenswerth. In dieser und vielen andern Rücksichten ist aber dieser unscheinbare Punkt von der allergrößten Bedeutung, ja ein wahres punctum saliens. Die Jagd ist nicht allein unterhaltend und in dieser Beziehung die Ursache, daß durch Herbeiziehung ferner Gäste der Grundherr sein Haus belebt und dadurch seiner Gegend Nutzen verschafft, sondern sie ist auch für das Land die segensreichste Beschäftigung der Aristokratie. Sie bringt den reichen Herrn in tägliche Berührung mit dem Nachbar, dem Bauern und dem Armen; sie gibt ihm Gelegenheit, die Bedürfnisse des letztern kennen zu lernen, die Wünsche desselben zu erfahren und für beide zu sorgen. Durch den Verkehr mit seinen Nachbarn und seinen Bauern bildet er sich politisch aus, bekommt neue Ideen und sammelt manche Notizen, welche er während seinem Aufenthalte in der Stadt, wo er mit anderen Elementen zu verkehren hat, verarbeitet. Hat er einen politischen Wirkungskreis oder befaßt er sich mit der Verwaltung des Staates, so ist ein solcher Verkehr durchaus nöthig, damit er nicht einseitig werde.

Damit aber der Adel in diese Stellung komme und sich in derselben nützlich erweisen könne, ist es vor Allem nothwendig, sowohl im Interesse des Volkes als des Adels selbst, der Gesellschaft als des Staates, daß er eine **Aristokratie** bilde und nicht eine **Kaste** bleibt. Eine lebensfähige Aristokratie muß ihre Wurzeln im Volke, wie das Volk seine Verzweigungen in der Aristokratie haben. Dieselbe muß volksthümlich werden, wie sie es unter andern Verhältnissen einmal war. Bei der allgemeinen Unsicherheit und dem Mangel an Bildung, welche in früheren Zeiten geherrscht haben, war es eben so nöthig, daß der mächtige Ritter vom Volke abgesondert bleibe, als es heute nothwendig ist, daß der gebildete Cavalier mit dem Volke verwandt sei.

Es würde eben so viel Unwissenheit verrathen, zu behaupten, daß die Aristokratie sich überlebt habe, als daß die „seizes quartiers“ zu einer Aristokratie nothwendig seien. Was sich natürlich entwickelt, kann sich nicht überleben; es kann nur die Form ändern.

Eine weitere Frage ist die kirchliche. In wie fern die Kirche auf die französische Revolution einen Einfluß ausübte, wollen wir dahin gestellt sein lassen, da die Meinungen darüber verschieden sind. Direkt förderte sie den Ausbruch derselben keineswegs, sie that aber auch nichts dagegen; sie handelte ihrer Natur gemäß. Die Kirche muß stillstehen, ihre Dogmen sind unabänderlich. Wie sie vor hunderten von Jahren waren, so sind sie heute, und hierin liegt die unermeßliche Kluft zwischen Kirche und Staat. Der Staat muß, wenn noch so langsam, doch vorwärts. Die Kirche, wenn sie vorwärts will, verleugnet ihren Ursprung; ihre Satzungen lassen sich der Zeit nicht anpassen; Zeit und veränderte Verhältnisse müssen von ihr ignorirt werden; sie müssen

vielmehr sich nach ihr richten, den Kopf vor ihr beugen. Alles in der Welt ändert nach und nach seinen Standpunkt, die Kirche nicht; sie bleibt mitten im Strom, welcher sich unaufhaltsam fortbewegt, unverändert stehen. Der Vorwurf, den man der Kirche manchmal macht, daß sie sich nicht in's Mittel legte, um der Revolution einen Damm zu setzen, ist unbegründet, sogar ungerecht. Ihrem Wesen nach mußte sie passiv bleiben; sie gehört nicht Einem Herrn und kann deßhalb weder die Initiative ergreifen, noch mit voller Hingebung die Interessen des Staates, in welchem sie immer ein fremdes Mitglied bleibt, verfechten. Im Privatleben zähle man auf sie, so viel man will, im politischen aber verlange man nicht, daß sie mitwirke.

Wenn man auch der Meinung ist, daß durch den Einfluß der Kirche der Staat zu erhalten sei, muß man wenigstens annehmen, daß ihre Macht gegenwärtig größer ist als zur Zeit der französischen Revolution, wo sie wie Marius auf den Trümmern von Karthago machtlos dastand. Wenn nicht alle Kennzeichen trügen, so ist ihre Macht eher noch geringer, als damals. Ein päpstlicher Bann heutzutage hätte unbedingt weniger Wirkung, als vor 80 Jahren. Der klarste Beweis des Abnehmens der Macht liegt in der vergrößerten Anstrengung, derselben Geltung zu verschaffen. Wäre die Kirche nicht bedroht, so brauchte sie sich nicht zu wehren; damals ließ sie die Freigeisterei gewähren, nahm sogar Antheil daran, denn sie besaß noch das Gefühl ihrer Kraft. Heutzutage muß der Schein derselben bewahrt werden, weil die Kraft selbst fehlt.

Wenn es hiezu noch eines ferneren Beweises bedürfte, wo würde man ihn deutlicher ausgedrückt finden, als in dem verzweifelten Benehmen der Katholiken beim Erscheinen einer Pariser Broschüre! Wäre nur noch die Spur von Macht vorhan-

den, so wäre eine Kirche von 200 Millionen Anhängern anders aufgetreten und hätte keine Armuthszeugnisse, in Gestalt von Adressen an den heiligen Vater, ausgestellt.

In einer Hinsicht waren die kirchlichen Verhältnisse in Frankreich besser als sie gegenwärtig in Oesterreich sind. Es herrschte nämlich dort eine ziemliche Toleranz, wenn auch nicht dem Gesetze, doch dem Usus nach. Die Kirche war indifferent und hatte keine bedeutende Stellung.*) In Oesterreich hingegen geht die Toleranz nur so weit, als das Konkordat es gestattet. Die Kirche will hier herrschen, statt, wie dort, sich mit einer ad latus Stellung zu begnügen, und verzehnfacht deßhalb die Gefahr; sie beschleunigt, was sonst nach und nach kommen mußte; sie kann nicht aufhalten, da sie dazu die Macht nicht hat, aber sie vermehrt in hohem Grade die Unzufriedenheit und beschwert den Staat noch damit.

Mancher läßt sich hohe Lasten gefallen, wenn er andererseits Entschädigung findet. Wird er aber dabei noch von einem zweiten Staate im Staate selber gedrückt, dann geht ihm doch die Geduld aus. Dieser zweite Staat vermehrt die Lasten des

---

*) Obwohl sich die Kirche gegen die heranrückende Umwälzung zum Theil indifferent verhielt, so hatte sie ihr Netz doch um den Monarchen gesponnen und er mußte fallen. So ist es beinahe allen Monarchen von Karl I. bis auf unsere Zeiten ergangen, welche trachteten, die Kirche zur Vormünderin der Welt zu machen. Für den beobachtenden Politiker ist hier mehr als Zufall im Spiele. Die Resignation war bei allen stark ausgeprägt. Dieß war ein Zug ihres Charakters und nicht die Folge ihrer religiösen Anschauungen. Dieser Zug, welcher dem Einfluß der Kirche Thor und Thüre öffnete, bedingte die negativen Tugenden, welche sie zum Regieren unfähig machten.

ersten, ohne ihm jenen Ruhm und jene Stärke zu verleihen, für welche er sich diesem verschrieben hat.

Ist die Stellung der Kirche in einem Staate allzu mächtig, so ist zu befürchten, daß die Stabilität, welche, wie schon gesagt, auf dem kirchlichen Gebiete am Platz ist, auch auf's politische übertragen wird. Die Folge davon ist ein Zustand, welcher dem, unter Physiologen als Rückbildung bekannt, entspricht. Alles wird ignorirt, was in der Welt schon geschehen ist, oder von einer Seite aufgefaßt, welche allen modernen Ideen Hohn spricht. Das göttliche Recht der Könige*), wie es zur Zeit von Jakob dem Zweiten noch bestand und welches ihm seine Krone kostete, dürfte heutzutage noch Vertreter in Oesterreich finden, wie es überhaupt noch Leute gibt, welche eher jede andere Zeit begreifen als die ihrige. Wenn man sich kein Urtheil erlaubt unter der Idee, daß dadurch allen Neuerungen Thor und Thüre geöffnet werden, hört alle politische Bildung auf — man wird zum blinden Werkzeug einer dominirenden Körperschaft und dieß legt einer friedlichen Reorganisation des Staates die größten Hindernisse in den Weg.

Obwohl die zerrütteten Finanzen Frankreichs in der folge-

*) Nicht mit „von Gottes Gnaden" zu verwechseln. Es scheint heutzutage unglaublich, daß man solche Theorieen je hätte aufstellen können, wenn die Verirrungen des menschlichen Geistes nicht längst bekannt wären. So weit ging diese Consequenzwuth damals, daß nicht allein der König, sondern der Privatmann (zum großen Aerger des Königs natürlich) ebenfalls das göttliche Recht beanspruchte. Daher der Witz des Wirthes, der ein immoralisches Bierhaus öffnete und einen Schild mit den Worten aushing: „Publican by divine right," was dem Unsinn die Krone aufsetzte und, mehr als alle Argumente, die Lächerlichkeit solcher Anmaßungen in's wahre Licht stellte.

rechten Begleitung des Creditmangels einen Hauptantheil an der Revolution hatten, waren es die Steuern, welche dem Volke sowohl die Augen über die Tragweite der Zerrüttung öffneten, als sie demselben fühlbar machten, und dadurch die unmittelbare Ursache der Revolution wurden. Die Alpe rollte ihre Lawinen herab, welche alle menschliche Wohnungen mit Vernichtung bedrohten, und die gewitterschwere Wolke der Centralisation ließ keinen Sonnenstrahl in die beängstigten Gemüther dringen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es trotz Finanzen, Steuern und Creditmangel noch möglich gewesen wäre, selbst noch unter Mirabeau, durch Abschaffung der Bureaukratie, den Staat zu erhalten, hätten nur Einheit und Energie nicht gefehlt, wo beide am nöthigsten waren. Der Einfluß der Kirche war kein hemmender; es fanden sich Kräfte unter dem Adel, welche den Staat hätten retten können, das Bewußtsein der Gefahr war vorhanden, aber auch die Centralisation war da, an welcher alle Versuche zur Errettung des Staates scheiterten.

Ist, mit Ausnahme der Stellung der Kirche, der gegenwärtige Zustand von Oesterreich nicht akkurat derselbe? Gibt es nun eine Assekuranz-Gesellschaft in der Welt, welche diesen Zustand auf sechs Jahre assekuriren wollte? ja selbst auf ein Jahr, außer unter sehr hohen Bedingungen?

Woher kommt denn dieser Mangel an Credit? Einfach aus dem Systeme selbst, welches keine Garantie für die Zukunft bietet und bei Jedem die Vermuthung aufkommen läßt, daß, da kein verantwortlicher Minister über die Verwendung der Gelder Rechenschaft abzulegen hat, der finanzielle Zustand noch schlechter werden dürfte. Wie früher in Frankreich, so traut auch hier Niemand mehr dem väterlichen bureaukratischen Systeme.

Wäre die Monarchie ein Gebäude aus Steinen und Mör-

tel aufgebaut, so könnte Jeder sich überzeugen, ob das Fundament gut, die Steine richtig zusammengefügt und das Ganze solid wäre. Die Monarchie aber hat eine viel edlere und subtilere Basis, sie beruht auf Ideen, welche auf ihrer Stirn ein „Memento Mori“ tragen. Ihre Wandelbarkeit, ihre Vergänglichkeit soll jedem Herrscher ein warnender Genius sein. In Frankreich verschwand auch die Monarchie.

Es ist eine traurige, aber wahre Thatsache, die aus der französischen Revolution von 1789 zu entnehmen ist, daß der Herrscher in einem absoluten Staate sich nicht wie ein Privatmann einschränken darf. So lange der Hof seinen gewohnten Luxus beibehält und ruhig die Schuldenlast des Staates sich vermehren läßt, kann derselbe im alten Geleise noch eine Weile fortgehen; fängt der Hof aber einmal an sich einzuschränken, dann wird man erst des Deficits gewahr, um das sich bis jetzt Niemand gekümmert hat; es stocken Handel und Gewerbe, die tausend Arbeiter der Luxus-Artikel werden brodlos; das Proletariat wächst mit Sturmeseile. Wenn nun dieser Zeitpunkt eintritt, dann drohet leider der Sturz der Monarchie.

Es ist unendlich schwer für einen Monarchen, in einem absoluten Staate zu rechter Zeit das Unabweisliche zu erkennen, da ihn die Presse nicht davon in Kenntniß setzen darf. Es geht ihm, wie es Katharina der Zweiten mit den russischen Dörfern ging — er sieht nur die glänzende Seite — die Mängel bleiben ihm verborgen. Deßhalb kann ein Monarch in dieser Lage nur bedauert werden, und man begeht ein großes Unrecht, wenn man ihm diese Unwissenheit zum Vorwurf macht. Das System ist Schuld, nicht Er, da dieselbe Unkenntniß der Verhältnisse mehr oder weniger durch alle Zweige der kaiserlichen Verwaltung geht. Kein Untergebener wird seinem Vor-

gesetzten etwas Unangenehmes melden wollen, wenn auch nur aus dem Grunde, daß ein stummer Vorwurf den Berichterstatter trifft. Es liegt in seinem Departement: warum ließ er es so weit kommen? Es kann Niemand anders im Staate diese undankbare Rolle vertreten, als die Presse, und dieß nur, wenn sie frei ist. Lieber gar keine als eine gefesselte. Letztere kann eine Zeit lang die Gemüther beschwichtigen; hat aber das Vorgefühl einer Gefahr alle Herzen erfaßt, dann erregt sie das größte Mißtrauen, und wenn man die Gebrechen aufzählen wollte, unter welchen Oesterreich jetzt am meisten zu leiden scheint, würde man unbedingt das Mißtrauen obenan stellen. Weder in der Gegenwart, noch in der Zukunft, nirgends ist Vertrauen zu erblicken. Es scheint, die Regierung habe die Absicht vorwärts zu schreiten, allein, wer traut ihr durchgreifende Reformen zu? Man frage, wo man will — im Handel, in der Oekonomie, in der Kunst, im Gewerbe, ja sogar in der Kirche und in der Regierung selbst, und nirgends wird man einen Wechsel auf die Zukunft, auch nicht auf 6 Monate acceptirt bekommen. Man lasse aber das Volk, welches die Kasse füllt, auch die Kasse führen — man lasse die Presse sich frei und ungebunden über die Finanzen aussprechen, dann wird keine Escamotage auf der einen, oder Mangel an Credit auf der andern Seite zu fürchten sein. Oeffentlichkeit in allen Zweigen der Administration ist der beste und der einzige Bürge für die gute Verwaltung derselben — ohne diese Garantie können 100 Millionen ebensoleicht verschwinden, wie beim Taschenspielen die Dukaten, und wie sie unlängst wirklich verschwunden sind.

Bis jetzt war nur von vier Hauptfaktoren die Rede, deren jeder einzelne zum Sturz einer Monarchie beitragen kann,

während alle zusammen es nicht dahin bringen ohne Beihilfe eines Fünften, und dieser allein, so unbedeutend er auch scheinen mag, hat eine noch größere Wirkung, als alle übrigen zusammen, da er geistiger und nicht materieller Natur ist. Es scheint im ersten Augenblick absurd zu behaupten, daß eine Frage, welche den materiellen Wohlstand des Volkes gar nicht beeinträchtigt, einen noch größeren Einfluß auf dasselbe üben sollte, als selbst die Verminderung der Steuern. Es ist aber buchstäblich wahr und alle Revolutionen lehren es mit blutiger Schrift. Ein eingebildetes Uebel drückt uns mehr als ein wirkliches; ersterem kann man keine Schranken setzen, es wächst zum Riesen an, ohne daß die ruhigste Vernunft es zu hindern vermag; der Umfang des letzteren läßt sich übersehen, seine Grenzen sind scharf gezeichnet. Ein Uebel dünkt weniger, wenn man das Herz ausschütten kann, und die Erfahrung lehrt uns, daß man die Steuern leichter trägt, wenn man wenigstens das Recht hat, darüber zu schimpfen. Der Drang sich auszusprechen überwiegt jeden materiellen Vortheil. Hierin liegt, dem Volke unbewußt, eine viel tiefere Bedeutung als nur der Wunsch sich hören zu lassen. Es ist der Weg, auf welchem man zur Erkenntniß der Uebelstände gelangt, das Sicherheits-Ventil des Staates. Hätte dasselbe in den 80ger Jahren des vorigen Jahrhunderts existirt, so hätte die Geschichte weder den Sturz der französischen Monarchie, noch die Gräuel der Schreckenszeit zu erzählen gehabt. Eine Reorganisation des Staates hätte stattgefunden, eine noch gründlichere Revolution als die englische von 1688, aber die Monarchie wäre gerettet worden. Eine andere, die geistige Revolution, war schon vollendet und der Weg zur politischen schon durch die Ideen der Encyklopädisten gebahnt. Man ahnte damals nicht, daß

der Körper, welcher eines solchen Schwunges fähig war, noch einen zweiten weitergehenden unternehmen werde; und doch mußte es so kommen. Der Dampf der Ideen war im Kessel auf's Höchste gespannt. Da das Ventil nicht geöffnet wurde, mußte er platzen — da man nicht reden durfte, handelte man.

Glaubt man etwa mit Hilfe des Militärs den totalen Umsturz der Monarchie zu retten? Auffallender Weise ist bei solchen Gelegenheiten das Militär nie da, wo man es braucht. So war es immer und so wird es bleiben. Wenn die Uebelstände so weit gestiegen sind, daß das Leben selbst keinen Reiz und wenig Werth mehr hat, empfindet sie auch der Soldat, und der esprit de corps verwandelt sich in Volks-Geist. Der Soldat ist doch ein Kind des Volkes und kann, als solches, wenn es auf's Aeußerste ankommt, seinen Ursprung nie verläugnen. Wenn die Regierung durch ihre Mißbräuche dem Volke sozusagen die Waffe in die Hand gibt, dann ist der Moment gekommen, wo der Soldat die seine niederlegt. Es wäre möglich, daß eine Republik sich in dieser äußersten Noth mit Waffengewalt noch erhalten könnte, da sie kein Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke scheut. Der Monarch aber ist durch seine Bildung an eine höhere Auffassung der sozialen Verhältnisse gewohnt, er bleibt Mensch und Gentleman und würde eher sein Leben opfern, als am Untergang von Tausenden Schuld sein. Die Republik hat nicht diese Rücksichten, sie bleibt Körperschaft und somit hören bei ihr die Gefühle auf, welche den Einzelnen beseelen. Ist der Leser je in der Lage gewesen, ein einzelnes Individuum oder eine Körperschaft um eine Gunst anzugehen, so wird er erfahren haben, wie er in einem Falle zwar abgewiesen wurde, aber mit einer gewissen

Rücksicht und Höflichkeit, im andern aber nur das trockenste Nein erhielt.

Durch ein freiwilliges Gewähren wurde noch nie eine Revolution hervorgebracht, oft aber durch ein erzwungenes. Klug ist der Monarch, der es nie zum Verlangen kommen läßt, und eher den Wünschen und Bedürfnissen zuvorkommt.

Selbst die Redefreiheit vermag den Sturz nicht aufzuhalten, so lange der Upas-Baum der Centralisation noch lebt, da dieselbe jedes freie Athmen, so weit ihre Zweige reichen, stört. Es ist überflüssig den verderblichen Einfluß dieses Systems hier zu erörtern, da dieß schon so oft anderswo geschehen ist. Es genüge zu erwähnen, wie die Centralisation in Frankreich jede andere Lösung der politischen Verwickelung unmöglich machte. Um diese hervorzurufen war die Bureaukratie allmächtig, aber ganz machtlos um sie aufzuhalten; sie ging dabei nicht unter, sonst wäre die Freiheit entstanden, sie lebte fort, und Licenz und Cäsarismus waren die Folgen. Nur diesem Elemente haben wir es zu verdanken, daß so viel Blut floß, und umsonst. Es war ein Gift, welches alle Keime eines edleren Lebens zerstörte. Die Welt ist um kein höheres Prinzip, nur um eine höllische Brut reicher, aber um Menschlichkeit, Adel der Gesinnungen und alle Religion des Gewissens und der Gefühle ärmer. Die Bureaukratie ist um so gefährlicher, da sie keine Monarchie zu ihrer Existenz braucht, sie saugt vielmehr das beste Blut derselben aus, und lebt fort. Nicht nur daß sie aus Revolutionen Nutzen zieht, ja sie erzeugt dieselben, indem sie durch die Mißbräuche, die sie einführt, durch den Druck ihrer Verwaltung den Umsturz bedingt. Eine freie Presse allein kann sie vernichten.

Was sagt der große Dichter Deutschlands, den man sogar einen Fürstenknecht nannte: „Eine große Revolution ist nie die Schuld des Volkes, sondern der Regierung!" Hierin liegt eine große Wahrheit. Das Volk kann nie aus eigenem Antriebe eine Revolution machen wollen, es ist physiologisch unmöglich. Das Volk ist ein Aggregat von Tausenden — ehe eine einheitliche Idee durch alle diese heterogenen Elemente dringen kann, sind frühere Einflüsse nöthig, welche dieses tausendköpfige Wesen für eine solche Idee empfänglich gemacht haben. Dem einzelnen Menschen mag wohl das Revolutioniren in Sinn kommen, aber selbst ihm nicht ohne äußere Anregung, ohne Aussicht auf Erfolg. Es muß schon Unzufriedenheit herrschen, um ihn auf diese Idee zu bringen — der Boden muß vorbereitet sein, um die Saat, die er ausstreuen will, zu empfangen, und je nach dem Grade der Unzufriedenheit werden die Aufruhrsversuche geringer oder stärker, nutzlos oder erfolgreich. Es hängt nicht vom Volke ab eine Revolution zu machen; Mißbräuche und Ungerechtigkeiten rufen sie in's Leben. Diese Lehre kann nie genug beherzigt werden, von den untersten Gliedern der Gesellschaft bis zum Oberhaupt des Staates selbst; hier, damit die Gesetzgebenden immer eingedenk bleiben, daß von der Gerechtigkeit ihrer Gesetze die Erhaltung des Staates abhängt; dort, damit das Volk sich nicht einbilde, daß es, guten Gesetzen gegenüber, eine Macht habe; es hat keine und kann nie eine haben. — Die Februar-Revolution in Frankreich macht hier keine Ausnahme; daß man durch dieß Ereigniß so sehr überrascht wurde, beweist nur, daß man die innern Zustände jenes Landes nicht genau beobachtet hatte. Wenn man durch das Mißlingen des sogenannten Constitutionalismus in Frank-

reich allen constitutionellen Systemen einen Vorwurf machen will, so vergißt man, daß die ersten Bedingungen zu einer Constitution seit dem Jahr 1830 in Frankreich gar nicht vorhanden waren. Es bestand damals eine Centralisation, und es fehlte eine erbliche Pairie: jene einer Constitution durchaus feindlich, letztere unerläßlich für dieselbe. Wir sagen nicht, daß eine erbliche Pairie die Monarchie im Februar hätte erhalten können, allein wir behaupten, daß wenn die Centralisation nicht der äußere Einfluß gewesen wäre, welcher die Gemüther für solche Umsturz-Ideen empfänglich gemacht hätte, die Revolution nie entstanden wäre. Auch in Paris ist keine Wirkung ohne Ursache, und obwohl ein kleiner Funke in den entzündbaren Pariser Köpfen genügt um ein großes Feuer zu machen, muß doch der Funke vorhanden sein.*)

Oesterreichs letzter Feldzug hat einen tiefen Riß in seinen Panzer gemacht; in Frankreich blieb die Rüstung ganz bis sie herabfiel. Kein Krieg hatte Frankreichs Blößen so offen zur Schau gestellt, als der Verlust der Lombardei es bei Oesterreich gethan hat. Liegt nicht in diesem Verlust ein Eingeständniß der innern Schwäche und eine Anerkennung der Macht der Ideen? Trotz einer Bravour auf dem Schlachtfelde, welche selten erreicht worden ist, waren alle Anstrengungen vergebens. Das System war gewiß dran Schuld, und nicht „Zouaves" und „Canons rayés"; hätte ein freier Hauch die herrlichen österreichischen Schaaren beseelt,

---

*) Es wäre zu einfältig einen Schluß gegen den Constitutionalismus aus den österreichischen Ereignissen von 1848 zu ziehen, wo keine verfassungsmäßige Elemente vorhanden waren, und der Adel das Steuerruder der Demokratie übergab. Kanonen-Vernunft mußte folgen und diese verträgt keine Verfassung.

hätte derselbe böse Genius, welcher den Staat verdörrt, nicht jedes Gefühl von Selbstständigkeit und Selbstvertrauen bureaukratisirend erstickt, so wäre gewiß ein anderes Resultat zu erwarten gewesen. Dem Franzosen hatte man die Freiheit vorgespiegelt; er wähnte einen Augenblick frei zu sein und auserkoren einem unterdrückten Volke die Freiheit zu verkünden, deßhalb war sein Impuls unwiderstehlich. So lange der große Napoleon als Freiheits-Verkünder auf dem Schlachtfelde erschien, siegte er; sobald er Niemanden mehr über seinen selbstsüchtigen Despotismus täuschen konnte, unterlag er. In den deutschen Freiheitskriegen siegten die Oesterreicher, da auch sie für eine Idee kämpften. In den Freiheitskriegen des Consulats wurden sie besiegt, da sie sich nicht pro liberis aris et focis schlugen. Schlägt sich der Russe nicht so gut wie der Oesterreicher? aber beide ohne „élan“: es ist das regelmäßige Athmen einer Maschine, während eine expansive Individualität dem Franzosen einen höhern Aufschwung gibt. So war es in 1789. Den Truppen, welche für die Dynastie kämpften, fehlte der Geist, welcher die aufgeweckte Nation beseelte, und deßhalb mußten sie unterliegen.

Auf andere weniger bedeutende Berührungs-Punkte einzugehen wird es sich nicht verlohnen. Das Proletariat so wie der Gewerbe- und Handelsstand dürfte zu Gunsten Oesterreichs ausfallen, während der Zustand des Volkes im Allgemeinen als gleich zu betrachten ist, da das Volk in beiden Ländern ziemlich in gleicher Abhängigkeit und auf derselben Bildungsstufe stand und noch steht, was hier wie dort dem Einfluß der Kirche zuzuschreiben ist.

Nach obigen Erörterungen wird man wohl zugeben müssen, daß sich Oesterreich jetzt beinahe in derselben Lage befindet,

als Frankreich damals, daß die Lage dieses Landes in einigen Punkten sogar noch drohender ist; und wenn man bedenkt, welchen Impuls die große französische Revolution allen spätern Umwälzungen gegeben hat, wenn man den Verhältnissen von heutzutage, wo die Verkehrsmittel auf einem ganz anderen Standpunkte sind als damals, Rechnung trägt, muß man gestehen — die Persönlichkeit der Herrscher selbst abgerechnet — daß die Schilderung der Gefahr noch unter der Wirklichkeit bleibt.

Es entsteht nun die Frage, auf welche Weise man der drohenden Krisis zuvorkommen könne. Man hat die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder hält man an der Centralisation fest, oder aber man geht zum Selfgovernment über. Einen Mittelweg gibt es nicht, wenn man eine zeitgemäße und dauernde Verfassung gründen will. Es wird wohl schwerlich Jemand, außer ein Angestellter — und von diesen sogar nur wenige — sich zur ersteren entschließen; darum muß man „nolens volens“ zum zweiten seine Zuflucht nehmen.

Ehe wir aber auf diese Frage eingehen, müssen wir einige Bemerkungen vorausschicken.

Es ist in einem jeden Staate immer bedenklich, an alten Gebräuchen und Institutionen zu rütteln. Man entschließt sich nur mit Widerwillen dazu. Man trachtet Reformen auf das schon Bestehende zu pfropfen, kurz, man wahrt, wo man kann, das historische Recht, nicht etwa, daß man Mißbräuche stehen läßt, oder gar alte außer Cours gesetzte Institutionen wieder in's Leben ruft, nur weil sie mit dem Staub der Zeit bedeckt sind, sondern man läßt die Reformen, deren Einführung man für nöthig hält, aus den schon bestehenden Institutionen sozusagen herauswachsen, und eine jede Institution, mag sie an

und für sich noch so gut sein, ist als überlebt zu betrachten, wenn sie schon einmal da gewesen ist. Eine alte Institution von neuen umgeben, ein altes Faktum mitten unter neuen Faktoren bewirken dieselbe Dissonanz, wie zwei aus verschiedenen Tonarten zusammengestellte Akkorde. Die Akkorde sind dieselben, die Gruppirung ist aber eine andere. Ein geharnischter Ritter hat unbedingt das historische Recht für sich; aber welchen Eindruck würde er machen, wenn er plötzlich mit Helm und Panzer mitten unter uns erschiene? Alles was nicht zeitgemäß ist, selbst die besten Gesetze, werden zu Mißbräuchen. Confessionelle Einschränkungen heutzutage sind kaum minder hinter der Zeit, als es Auto-da-fés vor 100 Jahren gewesen wären.

Ein ähnlicher, oft mißbrauchter Begriff, nämlich die Unantastbarkeit des Rechtsbodens, der in der Theorie sehr schön ist und bis auf einen gewissen Punkt als ein lebensfähiges Prinzip in der Praxis der inneren Politik angesehen werden soll, führt zum lächerlichsten Unsinn, sobald er mit allen seinen Consequenzen auf die äußere Politik in Anwendung kommt. Jedermann weiß, daß die Politik ein ehrloses Weib ist, welches seine Gunst nur dem Mächtigen spendet, und seit Kains Zeiten hat nur derjenige vom Rechtsboden gesprochen, dem ohnehin aller Boden fehlte. Wenn er nicht stark genug ist, sich einen Boden zu verschaffen, muß er einen Rechtsboden ansprechen. Es ist aber noch nicht da gewesen, daß ein mächtiger Herrscher je auf einem Rechtsboden fußte. Bekämpfe man so viel man Lust hat die Uebertreter des Rechtsbodens, aber über die Uebertretung selbst jammere man nicht. Man würde an des Uebertreters Stelle ganz dasselbe thun. Der einzige Rechtsboden in der Politik ist leider der, der behauptet werden kann, und das

gepriesene Völkerrecht hat sich in die neumodischen Rechte der Völker verwandelt; dagegen läßt sich nicht streiten. Auf die innere Politik angewendet, hat der Rechtsboden wenigstens eine theoretische Bedeutung, wenn ihr wenig praktische bleibt, da, was vor 40 Jahren Rechtsboden war, gegenwärtig vielleicht gar keiner mehr, oder höchstens ein Unrechtsboden ist, und 40 Jahre später wird es wieder so sein. In England sind die Katholiken gegenwärtig frei und zu Aemtern wählbar; dieß ist ihr Rechtsboden. Vor 40 Jahren waren sie es nicht, und das war ihr Rechtsboden. Seit Hunderten von Jahren bestand die russische Leibeigenschaft auf dem sogenannten Rechtsboden. Wer wollte läugnen, daß die Aufhebung derselben nicht ebenfalls auf dem Rechtsboden beruhe? Nur das Zeitgemäße darf als Basis des Rechts gelten. Oesterreich erkannte dieses Prinzip in Galizien in 1845 an und verstopfte dem schreienden Kinde für alle Zeiten den Mund. England hat in dieser Hinsicht nicht versäumt der Welt zu zeigen, daß es großjährig war. Frankreich, während so vielen Jahren, war der Mephisto alles Rechtsbodens. Rußland hat sich der älteren Brüder würdig gezeigt — dem verläugnenden Prinzipe nach handelten alle so lange sie mächtig waren, aber im Moment der Schwäche faßten alle eine gewaltige Neigung zum Rechtsboden.

Die Betrachtung der Gefahr vom verkehrten Ende des Tubus, oder der süße Traum, daß dieselbe schon da gewesen ist, sich noch wiederholen könne, und daß dennoch Oesterreich fest stehen bleibe, sind beides gefährliche Illusionen. Letztere Anschauung hat freilich die Bequemlichkeit für sich, da sie alle weiteren Untersuchungen erspart. Aber sie ist auch gefährlich, denn sie lullt denjenigen, der sich ihr hingibt, in eine falsche Sicher-

heit ein. Wo der Staat in Gefahr ist, genügen oberflächliche Betrachtungen nicht mehr, und will man eine Parallele zwischen zwei Perioden in der Geschichte ziehen, muß man zu den vorhandenen Faktoren die ganz anderen Gefühle, Anschauungen und Erfahrungen, welche andere Zeiten mit sich führen, in Anschlag bringen, sonst ist der Schluß falsch.

Alle Theoretiker behaupten, daß eine bedeutende Vorbildung im Volke vorhanden sein muß, um das System des Selfgovernments mit Erfolg einführen zu können. Wie könnte es denn je eingeführt werden, da diese Bildung nur durch die Praxis selbst erworben werden kann? Selfgovernment kann nur durch die Ausübung gelernt werden. Eine theoretische Kenntniß des Systems ist nur das Abc der Kunst. In hundert Jahren wird der Anfang dieselben Schwierigkeiten bieten wie heute. Je länger sogar die Bevormundung dauert, um so schwieriger ist es, das Selbstvertrauen zu erlangen, auf welches das System gegründet ist. So lange Alles für uns gethan wird, überlassen wir das Handeln Anderen.

Ja es liegt ein noch größerer Irrthum in der Behauptung, als man Anfangs glaubt; das Volk (im engeren Sinn des Worts) regiert sich selbst doch nicht; es wählt nur diejenigen, welche seine Interessen wahren sollen, und diese sind, sowohl in legislativer als administrativer Beziehung, mehr oder weniger gebildet. Alles was durch die Theorie zu erlernen ist, kennen sie schon; sie müssen das selbstständige Gehen und Handeln durch die Praxis lernen.

Daß die neue Maschine gerade auf einmal so ruhig fortarbeiten würde, wie eine schon erprobte, ist nicht zu vermuthen. Sollten eben im Anfang einige Stockungen vorkommen, so hätten sie doch keinen weiteren Einfluß auf den Erfolg des

Systems, da es zu sehr im Interesse des Volkes liegt, durch Erhaltung des neuen das Wiederaufkommen des alten zu verhindern. Die Erinnerung, die sich daran knüpft, ist die beste Garantie für die Zukunft. Dieses Faktum könnte wohl diejenigen beruhigen, welche fürchten, daß durch die Einführung einer freien Verfassung und das Postulat dazu, die Abschaffung einer geheimen Polizei, Niemand mehr im Lande sicher wäre. Wenn dieß noch nicht genügt, so fügen wir hinzu, daß wir weder die Armee noch die Stadt- und Land-Polizei um einen Mann vermindern möchten, so lange wenigstens das neue System noch nicht eingebürgert ist. Wenn es sich consolidirt haben wird und das Parlament zur Ansicht gelangt, daß eine Verminderung derselben an der Zeit wäre, so kann dieß immer noch geschehen. Vor der Hand wollen wir in keiner Weise die Bande lockern, welche den Staat zusammen halten, und können daher diese Aengstlichkeit nicht billigen. Wir läugnen weder den Werth des Militärs noch den der Polizei, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, bestreiten aber ihre Macht, den Ausbruch einer Revolution zu verhindern. Darum ist es unsere feste Ueberzeugung, daß in der Einführung einer freien Verfassung die größte Sicherheit liegt, indem dadurch jede Gefahr einer Revolution beseitigt wird. Aber auch diese Maßregel wird nutzlos, wenn sie nicht frühzeitig genug getroffen wird.

Inwiefern könnte die vorgeschlagene Maßregel die Ruhe des Staates gefährden? Durch die Wahlen, worüber wir später zu sprechen haben, und durch die freie Presse. Nach unserer Auffassung ist eine wirklich freie Presse ein großes Element zur Erhaltung der Ordnung, weil dadurch Fragen durch ihre Vermittlung vorher abgehandelt werden, welche

sonst die Keime der Gefahr für die Ruhe des Staats in sich trügen. Geben wir aber zu, des Arguments wegen, daß die Presse wirklich gefährlich ist, so entgegnen wir, daß alle Mittel zur Sicherheit des Staates doch noch vorhanden sind, wie vorher, und daß nebstbei die Presse unter den Gesetzen steht, trotzdem daß sie von allen Verwarnungen frei ist.

So groß die Macht der freien Presse zu sein scheint, und so groß diese in der That auch ist, kann sie nie größer sein als die Inspiration, welche sie beseelt, es gestattet. Sie ist nur wirklich groß, so lange sie ihre Mandate nicht überschreitet; sie verschwindet, wenn sie darüber geht oder darunter bleibt. Die Presse selbst hört dann eigentlich auf zu sein, da sie eine zu schlechte merkantile Spekulation abgeben würde. Also kommt, außer den Fesseln, welche der Staat um die Presse schlägt, eine noch viel mächtigere, die der öffentlichen Meinung, hinzu, nach der sie sich richten muß.

Wie die öffentliche Meinung gebildet wird ist gleichgültig. Dadurch wird ihre Macht nicht kleiner, daß die Ansichten über ihre Entstehung verschieden sind: der Einzelne, der seine Zeit nicht begreift, kann ihre Herrscherrechte in Abrede stellen, aber dadurch wird ihr Ansehen nicht vermindert. Die öffentliche Meinung mag sich in der Stille entwickeln und mit geräuschlosem, unbemerktem Schritt die Fäden überall gelegt haben, die zu ziehen sie den rechten Augenblick abwartet, sie mag die Retina des Auges sein, welche die Bilder von allen Seiten aufnimmt und wiederspiegelt, sie mag ihre Eingebungen der Presse verleihen oder sie von derselben erhalten, sie ist doch stets als der Ausdruck des ganzen Volkes zu betrachten, und wenn irgend eine Institution auf der Erde sich anmaßen darf unfehlbar zu sein, so ist es diejenige, welche, durch die Stim-

men von Millionen in einer Kehle concentrirt, zu dieser Macht erhoben wurde.

Wenn auch die Reorganisation des Staates hie und da Schwierigkeiten verursacht, so ist es doch möglich, dieselben zu beseitigen. Die Erhaltung des Status quo ist aber unmöglich. Ist man davon noch nicht überzeugt, herrschen aber doch Zweifel über dessen Fortbestand im hohen Rathe, so ist es die Schuldigkeit des Monarchen, solchem Zweifel ein Ende zu machen, indem er entschieden einen andern Weg einschlägt. Gleichviel auf welche Kosten muß die Monarchie, sowie sie im geringsten wankt, sich zu consolidiren trachten. Ihre eigene Existenz gebietet dieß. Eine einzige große Fabrik, welche in's Stocken geräth und dadurch Hunderte von Arbeitern brodlos macht, ist im Stande ihren Wellenschlag von einem Ende der Monarchie zum anderen fortzupflanzen, so innig sind alle Verhältnisse untereinander verflochten. Zehn solche Stöße, und eine Monarchie, deren Bestand früher zweifelhaft war, fällt zusammen. So ging es mit der französischen Monarchie. Das Proletariat nahm überhand, und für leere Magen ist die Wahl zwischen Hunger= und Bajonetten=Tod nicht schwer.

Eine magnetische Kraft verbindet Herrscher und Unterthanen. Die Unentschlossenheit, welche beim Monarchen nur in statu nascente vorhanden ist, erscheint dem Volke schon als fertiger Stoff. Diese moralischen Wehen sind die allerempfindlichsten für ein Volk, dasselbe wittert Gefahr überall. Dieser Zustand drückt auf das Gemüth so sehr, daß, gesellen sich noch Familien=Ereignisse trauriger Art dazu, man nicht mehr im Stande ist, gegen dieselbe zu kämpfen. Man hat nirgends einen Anker, um sich daran festzuhalten, und so, nach der In=

dividualität des Menschen, wird das Revolutioniren oder das trübselige Verzweifeln jedes Gemüth erfassen.

Ist einmal ein Staat in dieser Lage und dadurch nicht mehr der gefürchtete Nachbar anderer kaum freieren Staaten, welche Sympathieen würde er durch das Einschlagen einer neuen Bahn bei denselben erwecken! Je unpopulärer er früher war, um so populärer würde er jetzt werden, und die dickthuende Halbblut-Freiheit des Nachbars würde der ächten Freiheit des neu erwachenden Vollbluts frischen Glanz verleihen, und dieß um so mehr, wenn es auf conservative Weise geschähe. Es ist aber hier nicht jener Conservatismus gemeint, welcher durch ein ängstliches Regieren, eine miserable sich in die Brust werfende Impotenz und ein Verläugnen aller Versprechungen sich kund gibt. Der ächte Conservatismus gesteht offen, daß sein Gang ein Schneckengang ist, aber doch eine Bewegung vorwärts — dieß wäre sein Charakter unter normalen Verhältnissen. Wenn aber ein rasches und energisches Fortschreiten nöthig ist, kann der Conservatismus auch dieß thun, ohne seinen Charakter zu verläugnen, im Falle nämlich die Erhaltung des Staates solche Maßregeln erforderte. Solche Sprünge gehen wohl nicht leicht in den Kopf eines Consequenz-Mannes, der in einer ihm vorgeschriebenen Bahn bleiben muß; dem vielseitig gebildeten Politiker aber sind sie ganz verständlich.

Wenn es nur keine einfarbigen politischen Blätter gäbe! Sie sind der Ruin aller politischen Bildung.

Die Presse sollte heutzutage eine förmliche Schule bilden, wo Alles, was in's menschliche Leben greift, belehrend erörtert wird; sie rückt tagtäglich Fragen vor den Geist, die sonst nur in der wissenschaftlichen und gelehrten Stube Eingang

finden, und sollte als Muster des Styls und der Gedankenschärfe gelten.

Wenn dieß irgendwo in ziemlicher Vollkommenheit zu finden ist, so ist es bei der englischen Times, wo keine Partei direkt vertreten wird, wo nicht allein die höheren politischen Fragen mit dem größten Scharfsinn und praktischen Verstand behandelt werden, sondern alle Saiten des menschlichen Wissens, in eine klassische Sprache gekleidet und von gediegener klassischer Bildung begleitet, ihre Klänge ertönen lassen. Es ist wahr, daß ganz andere Kräfte zu einer solchen Arbeit erforderlich sind, als bei einer engen Partei-Vertretung und einer kleinlichen Auffassung menschlicher Dinge; hingegen ist der Absatz einer solchen Zeitung ein belohnender, worauf es doch hauptsächlich ankommt. Darf man dazu leider sagen? oberflächlich betrachtet, unbedingt. Nimmt man aber an, daß die Presse nur der Spiegel der öffentlichen Meinung ist, so muß man es ganz gerechtfertigt finden, daß der gute Spiegel, der nämlich, der die ihm aufgetragenen Eindrücke treu wiedergibt, den höchsten Preis verdient.

Es ist wahr, daß die Verdummungs-Schule eines einfarbigen Blattes eine höchst bequeme für den Redakteur ist, indem er seine Intelligenz nicht sehr anzustrengen braucht. Für manchen Leser ist die Einrichtung nicht minder bequem, wo ein apodiktischer Weisheits-Schauer ihn täglich überschüttet, ohne daß er einer geistigen Anstrengung bedarf. An diesem Einzelnen war vielleicht ohnehin nichts zu verderben, verhundertfacht sich aber dieser Einzelne, dann wird ein Publikum daraus, das geistig unter diesem sic volo sic jubeo Regime bedeutend leidet. *) Statt ausgebildet wird es nur verbildet.

*) Wenn dem Leser die Ausfälle von Mons. Veuillot im Univers erinnerlich sind, wird er den Autoritätston, wovon hier die Rede ist, zu würdigen wissen.

Wie ist es möglich, daß man da, wo nur eine Richtung vertreten wird, die verschiedenen Standpunkte aller Parteien kennen lernt, und ohne die zu kennen, wie kann man die Einwürfe der Gegner widerlegen? Man würde dem Jäger gleichen, der sein mit groben Posten schon geladenes Gewehr auf ein unerwartetes Rebhuhn abfeuert: er schießt wohl, aber trifft nicht.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wenn man täglich durch die Brille eines einseitigen Redakteurs schaut, man unwillkürlich die Sachen sehen muß, wie er. Nach und nach sinkt das Auffassungs-Vermögen des Lesers zu dem des Redakteurs herab. Von einem selbstständigen Urtheil kann keine Rede mehr sein. Die Bildung, die man täglich so gemüthlich eingeschlürft hat, reicht nur bis auf einen gewissen Punkt. Jenseits dieses Punktes aber ist das Terrain völlig unbekannt. Man ist meisterhaft eingeschult für den kleinen Parteikampf, aber hülflos auf dem großen Schlachtfelde der politischen Arena.

Wir sehen schon angehende Politiker über die Idee einer politischen Bildung ohne Parteien die Nase rümpfen und beeilen uns, zu erklären, daß wir Parteien für ebenso nothwendig in einem freien Staate halten, als irgend wer. Wir gehen vielleicht noch weiter in unserer Partei-Nothwendigkeits-Auffassung, da wir es jeder Partei als ihr unverbrüchliches Recht ansehen, ihre Ansichten, mögen sie noch so unsinnig und anscheinend gefährlich sein, die Sittlichkeit abgerechnet, rücksichtslos geltend zu machen und die Ansichten der Gegner ebenso rücksichtslos zu bekämpfen. Nur durch diesen Kampf kommt man zur Erkenntniß der Wahrheit, nur durch das Ventiliren der Fragen kann die Spreu von den Körnern abgesondert werden, nur durch Parteigefühle wird das politische Leben wach

und kräftig erhalten. Dieß ist aber etwas, was man ausübt und nicht lernt; durch Waffenübungen wird man stark und nicht durch theoretische Einschulungen. Wer würde sich z. B. durch eine Kölnische oder eine Kreuz-Zeitung zum Staatsmann ausbilden wollen? und doch müßte man es nach diesem Prinzip thun, wenn man consequent sein wollte. Würde man sich nicht besser des Studiums der Meisterwerke im politischen Fache befleißen? wer wird die Struktur eines Elephanten an einer Maus studiren? wer die größten Staatsfragen an den Winkelzügen eines elenden Blattes!

Wir wollen nicht behaupten, daß Zeitungs-Blätter keine Färbung haben dürfen, weit entfernt davon. Sobald aber die Färbung auf untergeordnete Fragen übergeht, ist sie verwerflich, weil dadurch alle Individualität verloren geht. Diese große Tugend kann man einem großen Interesse opfern, nie aber einem kleinlichen. Eine Maßregel zu unterstützen oder zu verwerfen, nur weil sie von Freund oder Feind kommt, mag eines Lord John Russell würdig sein, kann aber nie als staatsmännisch betrachtet werden.

Die Frage des Selfgovernments ist vielfach aufgestellt worden, aber nirgends, so viel wir wissen, mit einer genauen Kenntniß der Sache, da man allgemein zu glauben scheint, daß es pillenweise für gewisse Uebel verordnet werden kann. Selfgovernment ist nicht wie die Pyramide von Cheops eine allein stehende Thatsache, es ist nur ein Glied in der Kette, nur ein Theil einer freien Verfassung. Um administrativ gebraucht werden zu können, muß es legislativ schon bestehen. Eine Autonomie nach unten und eine Autokratie nach oben sind undenkbar.

Selfgovernment setzt eine freie Presse voraus. All-

fällige Ungerechtigkeiten, welche in der Ausübung desselben vorkommen, müßten ebenso wie deren Rechtfertigung auf diese Art zur allgemeinen Kenntniß gelangen. Die beste Regierung muß ausarten, sobald sie sich selbst überlassen bleibt, sie bedarf daher eines Sporns, und der ist eine freie Presse, ohne welche selbst die besten Gesetze zum Wohl des Landes einschlummern. Daß die Gesetze allein ohne diese Ueberwachung nicht vermögen den Staat zu erhalten, beweist der gegenwärtige Stand der Dinge, wo es wahrlich an Gesetzen nicht fehlt.

Um das System des Selfgovernment noch verständlicher zu machen, führen wir den Grundsatz an, welcher in England, wo das Selfgovernment zu Hause ist, der ganzen Sache zu Grunde liegt: dort sorgt die Regierung für Niemanden, Jeder muß für sich selbst sorgen. Der deutlichste Beweis dafür war das, ohne obige Erklärung unbegreifliche, Verhalten der englischen Regierung bei dem Betragen eines rohen Pöbels gegen den Feldmarschall Haynau. Um Satisfaction für diese barbarische Insulte zu erlangen, war das Verfahren — und notabene das einzige — daß der Feldmarschall selbst als Kläger auftreten mußte, da die Regierung selbst keine Schritte thun konnte! Die englische Regierung hütet sich ihr Ansehen durch zu viel Regieren zu vermindern.

Selfgovernment setzt ferner noch eine unbetitelte Aristokratie, die englische „Gentry" voraus, ohne welche alle Versuche, dieß System einzuführen, vergeblich werden. In Oesterreich fehlt dieser Stand; er muß geschaffen werden: die Elemente dazu sind schon vorhanden, ein zahlreicher, mehr oder weniger vermögender Adel. Ehe man also das Selfgovernment einführt, müßten die jüngeren Söhne des Adels zu „Gentry" gezählt werden. Diese Herren sammt den Gutsbesitzern, ein-

flußreichen Industriellen, Offizieren ꝛc., kurz Jeder, der durch seine Position im Lande, sein Vermögen und seine Bildung ein Amt mit Würde bekleiden kann, besorgen in den Provinzen, wo sie zu Hause sind, die Administration ohne Besoldung. Der Gouverneur eines jeden Kreises, vom Ministerium vorgeschlagen, vom Staatsoberhaupt genehmigt, wird die verschiedenen Friedensrichter in seinem Kreise ernennen, welche dazu die nöthige Qualification besitzen müssen. Es dürfte nämlich nur derjenige solche bekleiden, welcher im Lande Ansehen genießt. Die Anforderungen können nicht leicht zu hoch gestellt werden, da es vor Allem nöthig ist, Leute für diese Aemter zu finden, welche durch ihr Vermögen über jede Bestechlichkeit weg sind.*)

Das Ideal eines solchen Friedensrichters wäre ein vermögender und gebildeter Grundbesitzer, mit praktischem Verstand versehen, der in der Regel auf seinem Besitz lebt und seine Gegend, sowie deren verschiedene Verhältnisse genau kennt. Eine oberflächliche Kenntniß der Landesgesetze könnte ihm nicht schaden.

Das Gegentheil bietet uns ein Jurist, der sich in einer Gegend niederläßt, zum Friedensrichter ernannt wird, und sehr viel Verstand außer dem praktischen besitzen mag. Wenige Jahre genügen ihm, um die ganze Gegend zu entzweien. Niemand kann von ihm Recht bekommen, weil er zu sehr an dem Gesetze klebt und deßhalb kein selbstständiges Urtheil hat. Es versteht sich von selbst, daß in beiden Fällen nur von den Extremen die Rede ist. Es gibt Gutsbesitzer, die leider

---

*) Der Majoratsadel (Peers) bekleidet die Friedensrichter-Stellen so gut wie die Gentry.

weit vom Ideale abweichen, ebenso wie es Juristen gibt, welche für ihre Gegend ein wahrer Segen sind.

Theoretisch mag dieß System voller Fehler sein, aber praktisch arbeitet es gut, wie die Engländer sich ausdrücken. Die Vormittage werden diesen administrativen Geschäften gewidmet. Es vergehen aber Tage und Tage, wo nichts derlei vorkommt. Die Klagenden werden vorgelassen, verhört und eine Entscheidung getroffen, aber von einer Maschinerie von Protokollisten und Schreibern ist keine Rede; der Friedensrichter ganz allein fertigt alles ab. Ist er abwesend, so geht man zum Nachbar.

Die Stellung, die ein solcher Magistrat einnimmt, ersetzt ihm einigermaßen die Zeit, die Plage und die Unkosten, welche sie ihm verursacht.

Es wäre hier am Platz, noch einige Bemerkungen über den Adel und die unbetitelte Aristokratie zu machen, die nöthig sind, um die Stellung richtig zu beurtheilen, welche beiden Ständen im Staate zukommt.

Es wird dem Adel meistens vorgeworfen, daß er gegen alle Fortschritte, daß er der wahre Hemmschuh im Staate sei ꝛc. Dieß mag wahr sein, so lange der Adel eine Kaste bleibt, sonst aber ist es falsch. Daß die Aristokratie ein conservatives Element im Staate ist, ist unläugbar; aber eben so evident, daß sie eine mächtige Stütze der Freiheit ist; das Blut eines Russell that mehr zur Erhaltung der englischen Freiheit, als alle Pöbelaufruhre, und es waren die Barone unter König Johann, welche die Magna Charta erzwangen. Der Tod Egmonts war der Freibrief für die Niederlande. Solche Vorwürfe können dem Neide entspringen, der Verstand wird sie aber nie machen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Aristokratie die Freiheit am Herzen liegen muß, da ihr alles an der Erhaltung des Staates liegt, und ohne Freiheit ist kein Staat von Dauer. Die Aristokratie muß ihren Antheil an der Gesetzgebung haben, da sie so große Interessen hat, welche dieselbe wahren muß. Ohne diesen Antheil sind ihre Besitzthümer nicht garantirt. Sie muß auch eine freie Verfassung wünschen, da eine Verfassung, welche nur die Interessen ihres Standes vertritt, dieselbe nothwendigerweise in die Stellung einer Kaste zurückführen müßte, die dem Neide aller anderen Stände ausgesetzt ist, allen volksthümlichen Interessen fremd bleibt und nur auf sich selbst zu ihrer Vertheidigung angewiesen ist. Durch eine nicht kastenartige Stellung aber reichen die Wurzeln der Aristokratie auch in die anderen Stände hinüber, und sie kann somit deren Schutz und Sympathie beanspruchen.

Der geringe Einfluß, den die Bureaukratie dem Adel gelassen hat, ist demselben durch die Kirche völlig entzogen worden. Die Geistlichkeit muß ihre Stütze im eigentlichen Volke haben, aus dem sie hervorgeht, und ist auch durch ihre geringe Besoldung auf die Lebensweise dieser Klasse angewiesen. Mit einem solchen Rival in der Volksgunst kann der Adel unmöglich concurriren. Da ihm also diese natürliche Stütze fehlt, lehnt er sich an eine fremde an, die ihm schmeichelt und vor ihm kriecht, die aber nie diese Volksgunst aufheben wird oder sie mit dem Adel theilen kann, weil sie ihr allein den Einfluß im Lande sichert. Es ist Mode geworden, alle Schuld auf die Bureaukratie zu werfen. Wenn der Adel sich die Mühe gäbe, die Sache näher zu untersuchen, dürfte er finden, daß seine Stellung im Lande hauptsächlich der Cen-

tralisation zuzuschreiben ist; daß aber der geringe Anhang, den er im Volke selbst hat, viel eher dem Einfluß der Geistlichkeit, theilweise auch ihm selber vorzuwerfen ist.

Die Interessen des Adels sind nicht temporär, sie erstrecken sich über Jahrhunderte. Wenn irgend Einer im Staate „eine Frage frei hat an das Schicksal", und wenn irgend Jemand ein großes Wort bei der Gesetzgebung mitzureden hat, ist es der große Grundbesitzer. Ihm muß natürlich mehr an der Erhaltung der Verfassung liegen, welche ihm sein Besitzthum sichert, als dem, der wenig oder nichts zu verlieren hat. Dieser hat eben so viel Recht auf seine persönliche Freiheit wie jener, ist aber nicht durch seine Stellung verpflichtet im allgemeinen Interesse zu handeln.

Aus diesen Rücksichten müssen diejenigen, welche einen permanenten Besitz haben und denselben ungeschmälert auf ihre Kinder und Enkel vererben wollen, das conservative Element in einer freien Verfassung bilden. Sie wollen fortschreiten, aber nicht überstürzen, und deßhalb werden sie oft unbillig beurtheilt.

Die unbetitelte Aristokratie ist eigentlich noch conservativer als der Adel; theils durch ihre geringere Bildung, weil so mancher Gutsbesitzer, der in entfernteren Provinzen lebt, nicht die Gelegenheit hat, seine Vorurtheile und Einseitigkeiten durch den Umgang mit höher Gebildeten in der großen Welt abzuschleifen; theils durch die Natur ihrer Hauptbeschäftigung, die sie quasi an die Scholle bindet und ihren Ideenkreis dadurch beschränkt. Aus demselben Grunde ist der Bauernstand in der Regel ein conservativer; nur auf Einzelne hat der Aufwühler Einfluß; der Stand selbst bleibt demselben unzugänglich. Sie kann auch zum Theile, wie einzelne Mit-

glieder des Adels, die sehr für sich leben, in den Fehler verfallen, reaktionär und somit revolutionär zu werden: aber dieser Uebelstand ist heutzutage weniger zu befürchten. Sie ist auch deßhalb conservativer als der Adel, weil sie nicht leicht wie jener verleitet werden kann, eine populäre Rolle zu spielen, welche hauptsächlich nur einer hervorragenden Stellung zukommt. Ein eminentes Talent unter dem Adel ist z. B. mit dem Wirkungskreis, welcher seinem Stande von der Verfassung angewiesen ist, nicht zufrieden und wirft sich als Reformator auf.

Auf der andern Seite ist die unbetitelte Aristokratie der geeignetste Träger des Fortschritts; wenn sie auch mit zu raschem Schritt vorwärts eilen will, sind andere Elemente da, um das Uebermaß von Eifer zu hemmen.

Ohne diese beiden Stände wäre es möglich, momentan die Freiheit zu erlangen, aber nicht zu erhalten.

Von diesem allgemeinen Standpunkt gehen wir auf einen speziellen über, nämlich die Landesvertretung, damit wir sehen, wie diese zwei Stände ihre Pflichten als Staatsmitglieder weiter erfüllen. Der Adel, d. h. der älteste Sohn eines „Peers," geht in's obere Haus, wird Gouverneur eines Kreises (Lord-Lieutenant) ꝛc. In der Pairskammer, welche natürlich nur eine erbliche ist, werden die Gesinnungen Ausdruck finden, die wir vorher angedeutet haben.

Die unbetitelte Aristokratie liefert die Elemente zu einer Deputirtenkammer*), zu Friedensrichtern, zu Präsidentschaften allfälliger Vereine — kurz zu Allem, wo ein gebildeter Mann

*) Den Hauptuniversitäten des Landes würden Vertreter gegeben werden.

seiner Gegend nützlich werden kann. Als Deputirter ist er natürlich nicht nur unbesoldet, sondern er muß nebstbei einen ansehnlichen Grundbesitz haben, oder eine demselben entsprechende Revenüe. Diese Anforderung ist nicht allein im Interesse des Staats, sondern für ihn selbst geradezu nothwendig, da er ohne dieselbe die Kosten eines Stadtaufenthalts während der Parlamentssession nicht bestreiten könnte. Auf diese Art ist jedem fähigen Menschen eine Carriere eröffnet, wo er seinen Ehrgeiz befriedigen und seinem Vaterlande wesentliche Dienste leisten kann, ohne demselben Kosten zu verursachen, zumal da die jüngeren Söhne des Adels den Titel nicht führen müssen, und somit, wenn unvermögend, von dieser großen Last befreit, fähig sind, jede andere Carriere zu ergreifen, weil sie des Vorurtheils enthoben sind, welches sie bis anhin daran gehindert hat. Man darf nicht außer Acht lassen, daß heutzutage jeder Mensch, der auf Bildung Anspruch macht, geistig fortarbeiten muß, um seine Stellung in der Welt zu erhalten. Ein unwissender, halbgebildeter Hochgeborener ist ein gar trauriges Geschöpf.

Dem Theoretiker steht es zu, für Vertreter der sogenannten Intelligenz zu sorgen. Würden wir uns mit einer so hochwichtigen Frage überhaupt abgeben, so möchten wir eher dafür sorgen, daß die Dummheit vertreten werde, da diese doch viel verbreiteter ist und weit mehr der Vertretung bedarf. Kehren wir den Satz um und machen wir aus dem Vertretenen den Vertreter, so hat derselbe wenigstens Sinn. Auf diese Intelligenz setzen wir viel Werth, nämlich auf eine vorurtheilsfreie, von praktischem Verstand, aber nicht von abgeschlossenen Ideen begleitet. Wenn noch Geburt und Vermögen sich dazu gesellen, dann läßt das Kleeblatt nichts zu wün-

schen übrig. Eine hervorragende Stellung braucht um so mehr Intelligenz, da hier alle Mängel in noch grellerem Lichte erscheinen, und es ist nicht zu bestreiten, daß die Bildung der schönste Wappenschmuck für einen Cavalier des 19. Jahrhunderts ist.

Obwohl der Grundbesitz sich in einem freien Staate nach Belieben verändern, sich erweitern, Majorate stiften, oder sich vermindern kann, bleibt doch dieselbe Area Boden als Maßstab zur Wahlberechtigung. Wie die Wahlen am besten vorzunehmen sind, kann nur von uns mit einigen Hauptstrichen angedeutet werden. Wir müssen hauptsächlich auf die zwei Klippen aufmerksam machen, die dabei zu vermeiden sind. Die Krone darf keinen direkten Einfluß üben; ein indirekter wird ihr immer bleiben, da dieser jeder hervorragenden Persönlichkeit, jedem höheren Stand, jedem Vermögen, sei es intellektuell oder materiell, zukommt. Der ungebildete und ärmere Theil des Volkes dürfte eben so wenig seinen Einfluß geltend machen. Uebrigens hat es auch weit Besseres zu thun, als seine Zeit mit Wahlen und seinen Taglohn mit Saufen zu verlieren. Lieber Anfangs einen höheren Wahlmodus bestimmen, den man später nach Umständen modificiren könnte, als ihn gleich so niedrig stellen, daß man ihn später steigern müßte.

Wir glauben, daß die Engländer einen Fehler begingen, als sie die faulen Wahlflecke (rotten Boroughs) cassirten. Das Ministerium des Tages sollte berechtigt sein, Extra-Mitglieder zu ernennen, um sich einer Majorität zu versichern, da der häufige Wechsel, welcher in England stattfindet, wo die Parteien sich so gleich stehen, sowohl zur äußeren als zur inneren Schwächung beiträgt.

Ob nun die Wahlen auf einem Wahlmodus beruhen, oder durch Wahlmänner bestimmt werden, ist einerlei, wenn nur die Krone durch Einmischung und die dadurch unvermeidlichen Collisionen ihr Ansehen nicht verliert, und das Haus der Gemeinen seine Stellung im Lande nicht einbüßt.

Obwohl man die englische Verfassung in diesem Punkt befragen muß, so ist es nicht nöthig, daß man auch ihre Uebelstände mit in den Kauf nehme. Man kann aus den Stürmen, welche aus England das gemacht haben, was es ist, Nutzen ziehen, und aus der so mannigfachen Erfahrung die besten Lehren schöpfen, ohne sich muthwillig ähnlichen Kämpfen auszusetzen.

In erster Linie sind nur die Interessen der Stimmenbesitzenden direkt vertreten; diejenigen aber, welche keine Stimme haben, sollten ebenfalls vertreten werden. Es handelt sich hier um allgemeine Rechte, welche Jedermann beanspruchen darf. Es ist noch ein wichtiger Standpunkt. Der Wähler besitzt etwas, das Werth hat und das er folglich verkaufen kann. Der Kandidat braucht diese Stimme, und wenn er sie mit guten Worten nicht erhalten kann, muß er trachten sie zu kaufen. Dazu kommt noch, daß der Werth dieser Stimme relativ ist. Der Preis kann steigen oder fallen. Wie ist es denn möglich, daß unter diesen Verhältnissen der Bestechlichkeit vorgebeugt werden kann? Und zudem, wie schon gesagt, sind bei diesem System nicht alle Interessen vertreten, da diejenigen, welche keine Stimme haben, vom Kandidaten nicht verlangen können, daß er ihre Interessen direkt vertritt, während Andere, welche zufällig über dem Wahlmodus stehen und dadurch stimmberechtigt sind, nicht allein die Vertretung ihrer Interessen beanspruchen können, sondern noch den materiellen Ge-

winnst vor dem Besitzlosen voraushaben. Obgleich wir einen niedrigen Wahlmodus mißbilligen, so müssen wir doch wünschen, daß alle Interessen vertreten seien, und auf oben genannte Weise ist es kaum möglich. Wenn wir noch weiter in Betracht ziehen, daß diese Art des Stimmrechts den Armen quasi entschuldigt, einen Mißbrauch daraus zu machen, müssen wir gestehen, daß es eher zur Demoralisation als zum Wohl des Landes gereicht. Die Vertretung einzelner Interessen ist auch nicht einmal erwünscht, und diese sind es hauptsächlich, welche direkt durch den Stimmenbesitz gefördert werden. Die allgemeinen Interessen werden diesen untergeordnet, statt zuerst in Betracht zu kommen.

Wäre es nicht möglich, durch ein Wahlcomité, die Volks-Repräsentanten ernennen zu lassen, welche wo möglich in den Bezirken, welche sie zu vertreten hätten, zu Hause wären?

Wer soll aber dieses Comité erwählen? der Monarch nicht — verfassungsgemäß thut er nichts, er thront, aber regiert nicht, und kann sich auf keinen Fall in die Volksvertretung mischen. Also das Volk. Für jeden Bezirk müßte aus jedem Stande eine gewisse Anzahl Wahlmänner gewählt werden, und zwar von allen Denjenigen, die durch einen zu bestimmenden Wahlmodus, welcher bei dieser indirekten Wahlmethode niedrig sein könnte, für stimmfähig erklärt sind. Die Namen der dazu tauglichen Wahlmänner könnten von den verschiedenen Friedensrichtern dem unbesoldeten Kreishauptmann (Lord-Lieutenant) eingesandt, müssen von demselben geprüft, schließlich gewählt und der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden. Während 14 Tagen könnten Register in den verschiedenen Städten offen daliegen, worin sich jeder Wählende für diesen oder jenen Wahlmann zu unterschreiben

hätte. Die vorgeschlagenen Wahlmänner, die die meisten Stimmen hätten, würden direkt den Parlaments-Kandidaten wählen. Zu diesem Zweck würden sie in der Kreisstadt zusammenkommen. Der Kandidat müßte vorher eine Adresse an die Wähler des Kreises richten, worin er seine Grundsätze und Ansichten mittheilt. Die Kandidaten selbst hätten sowohl für die Register zu sorgen, als für die Leute, die die Unterschriften zu beaufsichtigen hätten. Vielleicht könnten eventuell alle Stände in gleichem Verhältnisse die Wahlmänner liefern, wenn durch das Aufhören der Bureaukratie dem Adel die Stellung im Lande zukäme, die ihm von Rechtswegen gebührt. Vor der Hand aber bei Berufung des ersten Parlaments wäre es rathsamer, das Verhältniß zu Gunsten des Adels zu verdoppeln, damit man, bei der allgemeinen Unerfahrenheit, nicht zu rasch zu Werke ginge. Es handelt sich hier nicht um einen Nationalconvent.

Kein Wahlmann dürfte in der Session, in welcher er als solcher seine Stimme abgibt, zum Parlaments-Mitglied gewählt werden. Die adeligen Wahlmänner würden, trotz ihrer Wahlberechtigung, ihren Sitz im Oberhaus behalten. Dadurch daß das Volk nur durch Vermittlung eines Dritten und indirekt den Kandidaten wählt, kann von einer Bestechung wohl nicht die Rede sein. Die vermittelnde Macht wäre, durch ihre Stellung, in sehr geringem Grade solchen Versuchungen ausgesetzt. Andere Uebelstände können sich später einstellen, dann wird es noch immer Zeit sein, das Parlament mit Reformen zu beschäftigen.

Es liegt dem Parlament ob die Länge der Session zu bestimmen; ohne freie Presse dürfte dieselbe nicht drei Jahre überschreiten, von ihr überwacht kann sie sieben Jahre dauern, wie

in England. Je weniger das Land den Parteileidenschaften der Wahlen ausgesetzt ist, desto besser, und die Presse wird dafür sorgen, daß das Parlament seine Schuldigkeit thut.

Die früher erwähnten Extra-Mitglieder würden mit dem Ministerium fallen.*) Trotz dieser Hilfe würde kein unpopuläres Ministerium (wir schreiben nicht für diejenigen, welche die öffentliche Meinung für einen todten Buchstaben ansehen) sich in der Länge halten können; es könnte sich aber so lange erhalten bis die öffentliche Meinung sie völlig verdammt hätte. Dieser Aufschub reicht hin um den ewigen Ministerwechsel zu verhüten.

Es ist nicht unsere Aufgabe in die Details einzugehen, wir überlassen es Sachkundigen zu entscheiden, welche Anzahl Parlamentsglieder gewählt werden sollen, und ob mehr Pairs vorhanden sind, als zu einer Pairs-Kammer nöthig wären. Wenn dieß der Fall wäre, könnte eine gewisse Anzahl derselben ihre Vertreter (Representative Peers) in's Oberhaus schicken. Die Mitglieder beider Häuser würden in einem ge-

---

*) Ueber die Ausführung des hier erwähnten Projekts dürften vielleicht Zweifel in den Köpfen Mancher entstehen, die in Parlamentswahlen unerfahren sind, und leicht Schwierigkeiten sehen, wo sie keinen ganz ebenen Pfad vor sich haben; allein die Schwierigkeit liegt nur in ihrer Unerfahrenheit. In Provinzen z. B. wie Kroatien oder Siebenbürgen, wo wenig begüterte Gentry wohnt, könnten Sitze den Anhängern der Regierung gegeben werden; ohne solche ministerielle Sitze kann keine Regierung in der Länge bestehen. Bei großen Distrikten, wo eine dünne Bevölkerung ist, würde vielleicht ein Mitglied den ganzen Distrikt vertreten. Wo die Städte zu klein wären, würde natürlich kein Vertreter nöthig sein; es wäre denn, daß mehrere solche Städte zusammen eine Stimme gäben.

wissen Zahl-Verhältniß zu einander stehen, ohne daß man dabei ängstlich zu Werke gehen müßte. Es handelt sich hauptsächlich um das Ansehen beider Häuser. Das ganze Land muß darin vertreten und auf seine Vertretung stolz sein. Das Parlament muß die geregelte Freiheit des Landes und die Macht desselben, sowohl nach innen als nach außen, sichern können, sei es vor rückschreitenden Bestrebungen auf der einen Seite oder vor demokratischen auf der andern.

Die wirkliche Anzahl der Redner in einem Parlament steht in keinem Verhältniß zu der Anzahl der Mitglieder. Es wäre ein großes Unglück, wenn es so wäre, da man viel zu viel reden würde, um Zeit zum Handeln übrig zu haben. Wenn es unter 600 Mitgliedern 50 gibt, die reden können, ist dieß schon viel. Nebstbei braucht man eine ziemliche Anzahl praktischer Männer, um die Geschäfte des Landes bei den verschiedenen Ausschüssen zu besorgen. Es bleibt noch eine große Anzahl übrig, die selten Theil nimmt an den Geschäften, und nur bei den Verhandlungen zugegen ist, wo ihre Stimmen nöthig sind. In der Theorie sollten alle ausgezeichnete Redner sein. In der Praxis sehr wenig.

Wir dürfen hier hinzufügen, daß der Adel in eine viel günstigere Stellung zu stehen kommt, als gegenwärtig — er sieht seine Interessen und Gefühle mit denen der andern Stände verwoben. Das Volk reicht einigermaßen zu ihm hinauf, dadurch daß ausgezeichnete Leute zu Pairs kreirt werden könnten. Der Adel bleibt immer primus inter pares, seine Sonderstellung hört aber auf, er vertritt die wichtigen Interessen des großen Grundbesitzes direkt. Andere können aufkommen und vergehen. Diese sind permanent, die Grundpfeiler eines Staates, und müssen streng geschützt werden.

Kaum minder wichtig sind die Interessen des Handels, welcher uns alle Bedürfnisse verschafft und dessen Steigen oder Fallen den Reichthum oder die Armuth des Landes anzeigt.

Wir vermögen keine Gefahr für den Staat in den Wahlen auf obengenannte Weise zu erblicken. Damit das Volk seine Stimme für das Comité abgibt, ist keine Versammlung nöthig, und das Wahl-Comité selbst birgt keine gefährlichen Elemente.

Obwohl es unvernünftig wäre ein fremdes Land in Allem nachzuahmen, liegt doch ein großer Irrthum in der Behauptung, daß eine bewährte Verfassung, welche für das eine Land paßt, für ein anderes untauglich sei. Diese unselige Idee führt zu dem Fehler, gute Institutionen nur aus dem einzigen Grunde zu verwerfen, weil sie in einem andern Lande und mit dem besten Erfolg fortbestehen. Lieber als der Nachahmer einer guten Einrichtung zu sein, führt man eine schlechte Idee aus, nur weil sie in keinem andern Lande, und mit Recht, aufgenommen worden ist. Die Grundzüge einer jeden freien Verfassung müssen in allen Ländern dieselben sein. Die Einzelnheiten derselben mögen mit Recht nach Umständen modificirt werden; so z. B. wird im Norden als Mord angesehen, was im heißblütigen Süden nur als Todtschlag gilt; aber alle Völker haben gleiche Ansprüche auf gesicherte Rechte. Das eine Volk mag sich für eine kurze Zeit mit einem geringeren Grade von Freiheit begnügen, als ein anderes, aber verbrieft und besiegelt muß diese Freiheit sein. Sie kann und wird sich nach und nach gesetzmäßig erweitern, da kein Volk heutzutage als ein abgeschlossenes zu betrachten ist. Das Bestreben des heutigen Tages ist ein ausgleichendes, ein nach-

ahmendes. Keine Nation will hinter der andern zurückbleiben, oder weniger Rechte genießen als der Nachbar. Wenn dieß nicht auf Kosten der Individualität des Einzelnen geschieht, hat es nichts zu sagen.

Will man die Verfassung eines andern Landes zum Muster nehmen, so sollte man suchen in den Geist derselben einzugehen, ohne sich an's Wort zu halten — nicht Bruchstücke daraus entnehmen, um sie einem andern System anzupassen — sondern das Muster als Cadre zu benützen, um nach und nach homogene Institutionen hineinzufügen. Es gibt auch Institutionen, welche durch Usus in eine Verfassung aufgenommen worden sind, ohne einen wesentlichen Theil derselben zu bilden, so wie es andere gibt, bei denen dieß in früheren Zeiten der Fall war, weil die Verhältnisse es mit sich brachten, die aber heutzutage nicht nur zur Befestigung der Verfassung nichts beitragen, sondern ihr eher eine Last sind, eine Quelle der Unzufriedenheit, und eine Bedingung der Schwäche. Unter diese Rubrik gehört z. B. die anglikanische Kirche. Wenn irgend etwas im Stande wäre die englische Verfassung zum Wanken zu bringen, so wäre es dieß, als eine Hauptfrage, welche die Verfassung selbst angreift. So lange die Engländer sie als Staatskirche betrachten, muß es immerwährende Reibungen geben. Bei solchen Fragen wird nicht sehr genau untersucht, ob die Vorwürfe alle begründet seien. Der Schein ist gegen sie, dieß genügt; darum wäre es klug von Seiten des Staates, wenn er diesen Schein beseitigte. Es ist auch kaum zu bezweifeln, daß dieß so geschehen wird, denn ein Volk, wie das englische, welches selbst das Messer an das kranke Glied zu legen gewohnt ist, wird auf conservative Weise wohl auch diesen wunden Fleck heilen. Erst muß das ganze

Volk darüber im Reinen sein. Die Reform-Frage war hauptsächlich als Gelegenheit benützt um gewisse Personen als Redner vor die Welt treten zu lassen, und als Partei-Waffe.

Wir lesen manchmal in Deutschland die absurdesten Sachen über Englands Zustände,*) entweder von Leuten, welche seinen Verfall wünschen und daher gerne denselben als sicher bevorstehend betrachten, oder von solchen, welche bei der bloßen Nachricht von einer Riesenversammlung schon eine Revolution wittern, die Reden, welche dort gehalten werden, als baare Münze annehmen. Solche Leute begehen den Fehler einen Schluß aus falschen Prämissen zu ziehen; sie wissen, daß wenn die Versammlungen und die Reden in ihrem Lande gehalten würden, die Krone schon als ledig zu betrachten wäre, und glauben daß dieselben Ursachen überall dieselbe Wirkung hervorrufen müßten. Sie bedenken nicht, daß diese

*) Wie dieß geschrieben wurde, ahnten wir nicht, wie bald diese Worte eine leider zu glänzende Rechtfertigung erleben würden. In der Beilage der Allgemeinen Zeitung sind Artikel über England, in Form einer Kritik des Werkes von Gneist über die englische Verfassung, welche uns vollkommen unverständlich sind. Wir erkennen die Verhältnisse des Landes in dieser Zergliederung durchaus nicht, und vermuthen, daß der Verfasser sich vergriffen hat, indem er unter seinen Schriften einen Bogen für den andern nahm und England darauf setzte. Das einzige unverkennbare daran ist seine Absicht.

Einen ferneren Beweis findet man in der Vierteljahrs-Schrift über das Schillerfest, wo die „Selbstüberhebung" diesem „gottähnlichen" deutschen Falstaff (dem Verfasser nämlich) den Kopf völlig verdreht hat.

Es werden sich vielleicht Manche eines Artikels erinnern zur Zeit des Krimmkrieges von einem Correspondenten der Allgemeinen Zeitung, der mit der größten Genauigkeit nachwies, daß England in Verfall sei und daß die englische Marine schon den Todesstoß erhalten habe!!!

Versammlungen und Reden gerade die Sicherheitsventile sind, welche in dem Augenblick geöffnet werden, und das weitere ruhige Fortarbeiten der Staatsmaschine sichern. Diese Herren würden natürlich solche gefährliche Ventile gleich schließen, und ebenso natürlich das Platzen der Maschine bewirken.

Es ist ein Punkt, worin wir eine scheinbare Abweichung vom Geist der englischen Verfassung für vortheilhaft halten möchten; nämlich bei den Geschworenen-Gerichten. Untersucht man die Sache näher, so findet man, daß die Geschworenen im Grunde nur solche Urtheile fällen, welche ihnen vom Richter vorgeschrieben sind; dieß ist auch ganz begreiflich, da die Geschworenen doch nur durch die Brillen des Richters sehen. Das Résumé des Richters ist doch das entscheidende Moment; er macht den Geschworenen vieles klar von dem was ihnen vorher dunkel war; er ist ihr Leitfaden; die Jury ist eigentlich nur da, um den Ideen des Richters Ausdruck zu verleihen. Wir finden dieses Verfahren ganz gerechtfertigt, fragen aber dann, wozu die Geschworenen, — die Vortheile eines öffentlichen Verfahrens abgerechnet, welches auch ohne Jury bestehen könnte, — wenn sie nur die Ideen des Richters aussprechen? Dieß könnte er selbst thun. Es ist nicht denkbar, daß die Geschworenen, die mehr oder minder gebildet sind, selten die Fachkenntniß des zu verhandelnden Gegenstandes besitzen, sich keinem anhaltenden Studium widmen, und also nicht im Stande sind, ihre Aufmerksamkeit während so vielen Stunden zu spannen, als es bei einem verwickelten Prozeß nöthig ist — daß diese Leute, sagen wir, ihre Ideen mit dem gestählten Verstande eines Richters messen können; der eine Theil hat nur die Hälfte gehört, der andere nur

die Hälfte verstanden, und nicht einer die ganze Abhandlung verfolgt und begriffen. Wie ist es denn möglich, daß ein so zerstückeltes Wissen gegen das konkrete des Richters aufkomme? Die Geschworenen thäten gewiß sehr Unrecht, wenn sie sich auf ihr eigenes Urtheil verließen. Daß die Jury als Palladium der englischen Verfassung betrachtet wurde, ist begreiflich; sie war es auch. Heutzutage aber, wo die freie Presse die Verfassung gegen alle Eingriffe sichert, scheint uns die Jury überflüssig. Kein Staatsoberhaupt würde sich in England trauen, den Gesetzen zuwider zu handeln. Jede Uebertretung davon würde sofort von der Presse zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und die Sache wäre mit kurzem Prozeß abgemacht. Die Aufhebung der Jury wäre also nicht, wie es den Schein haben könnte, eine Abweichung vom Geiste der Verfassung, da die Freiheit durch die Presse statt durch die Jury zur Genüge vertheidigt wird. Die Beseitigung der Jury hat überdieß den Vortheil, die Geschäfte zu beschleunigen und dem Volke eine Last zu nehmen; denn es ist keine leichte Sache für Geschäftsleute, für Stunden und Tage ihre Geschäfte verlassen zu müssen, um am Ende noch vom Richter Vorwürfe zu bekommen, wenn sie einen anderen Ausspruch thun, als er für gut findet.

Um aber dieß Geschworenen-Gericht entbehren zu können, müssen nur wenige, aber ausgezeichnete Richter ernannt werden — die besten welche die Jurisprudenz des Landes aufzuweisen hat — sie müßten lebenslänglich ernannt und sehr hoch besoldet werden, damit sie durch ihre Stellung über jeden Einfluß sind. Ihre Unabsetzbarkeit ist Bürge ihrer Unabhängigkeit. Sie würden der Pairs-Kammer in allen Rechts-

Fragen zur Seite stehen und aus ihrer Mitte würde der Groß-Kanzler ernannt werden, der den ersten Rang im Staate hätte. In England nimmt er nur den zweiten Rang ein. Der erste gehört dem Erzbischof von Canterbury. In England datirt diese Stellung des Erzbischofs von Alters her, als die Kirche einst so mächtig war. Wenn die Einrichtung heute zu treffen wäre, würde vermuthlich der Lord-Kanzler den ersten Rang einnehmen, der ihm eigentlich gebührt, da ihm in allen Fragen, außer in einer, die Entscheidung zukommt. Er ist zugleich Sprecher der Pairs-Kammer und hat daher, außer dem legislativen Wirkungskreis, auch noch den politischen. Da die Entscheidung jeder Frage, selbst die der Kirche, in letzter Instanz von ihm abhängt, ist er bei weitem die geeignetste Person, um die höchste Würde im Staate zu bekleiden. Der Erzbischof hat im Vergleich einen ganz untergeordneten Wirkungskreis, um so mehr, da er nur in staatskirchlichen Sachen eine Stimme hat. Keine Sekte gehört mehr in seine Jurisdiktion; es könnte sogar soweit kommen, daß die Sekten noch zahlreicher würden, als die Anhänger der Staatskirche, ja, daß letztere auf eine Fraktion herunterkäme. Von diesem Augenblick an wäre der Wirkungskreis des Erzbischofs zu Ende, während der des Lord-Kanzlers immer derselbe bleibt.

Es ist, aus obengenannten Gründen, eine mißliche Sache heutzutage eine Staatskirche unterstützen zu wollen. So ist es z. B. erwiesen, daß in England die Sekten, welche auf freiwillige Beiträge angewiesen sind, sich im Verhältniß besser stellen, als die Staatskirche selbst, und es ist nicht zu bezweifeln, daß in kurzer Zeit die Kirchen-Steuern aufhören werden. Manche glauben, daß dadurch der Protestantismus einen be-

deutenden Schwung erhält. Sei dem wie ihm wolle, die schönen Zeiten sind für jede Staatskirche dahin.

Es ist die Aufgabe des Conservatismus eine Verständigung zwischen diesen zwei feindlichen Potenzen zu vermitteln. Wir sagen feindlichen, weil die Standpunkte, von welchen beide ausgehen, ganz verschiedene sind, nämlich der Standpunkt des Fortschritts und der des Stillstandes, weil, wenn sie eine Zeitlang friedlich nebeneinander hergehen, sie doch später in Collision kommen müssen, weil ihre Ziele diametral entgegengesetzt sind; der eine will die Individualität gewahrt wissen, der andere verlangt das Aufgehen des Individuums in die Körperschaft. Der Staat, wenn er seine Mission begreift, muß die Interessen von Allen gleich vertreten; die Kirche nur die ihrer Körperschaft. Wenn ein Staat also eine Kirche zur Staatskirche erhebt und dieselbe als solche begünstigt, säet er die Keime zu späterer Unzufriedenheit und erschwert dadurch die Erhaltung des Staates, wird folglich anticonservativ. Es mag hier erlaubt sein, zu bemerken, daß die Erhaltung eines Interesses, einer Sonderstellung, sobald dieselbe die Erhaltung des Gesammtstaates gefährdet, nie als conservativ betrachtet werden kann, da der eigentliche Conservatismus die harmonische Erhaltung des Ganzen im Auge haben muß. Die Idee, den Staat mittelst der Kirche zu regieren, wäre heutzutage ein ebenso hirnloses Gespinnst, als die Kirche abschaffen zu wollen. Sobald der Staat die Kirche zu sich hinaufziehen will, macht er dieselbe zum Gegenstand des Neides und eventuell des Hasses; sobald er sie unterdrückt, wird sie zum Gegenstand des Mit-

leidens, und der Staat selbst stempelt sich zum Tyrannen. Keine dieser Stellungen kann von Dauer sein und daher keine conservativ. Neben einander können sie nie bestehen, da der Staat freie Hand haben muß. Die Kirche könnte den Staat mit auswärtigen Mächten entzweien wollen, wodurch die Existenz desselben auf's Spiel gesetzt wäre, oder ein nach Popularität haschender Monarch könnte, wenn die Zeit dazu angethan wäre, der Kirche schaden wollen, und dadurch ihr Ansehen vernichten, ohne von den unzähligen Reibungen zu reden, noch von den tausenderlei Rücksichten, welche der Staat für die Kirche haben müßte, was das Regieren geradezu unmöglich machen würde. Wenn also diese beiden Potenzen conservativ wirken sollen, müssen beide frei und unabhängig sein. Die Kirche muß ihre verbrieften Rechte besitzen, wie ein Credit mobilier oder jede andere Körperschaft im Staate. So wie eine Gesellschaft das diesseitige Leben, wird die Kirche das jenseitige assekuriren. Jeder der das Bedürfniß fühlt für seine Seele zu sorgen, würde sich an eine Gesellschaft wenden: der Katholik an die eine, der Protestant an die andere; geradeso wie es bei den Sekten in England ist, wo ihnen keine Staatsunterstützung gewährt wird, wo aber die Kirchen, im Verhältniß zur Kopfzahl, noch zahlreicher sind als bei der anglikanischen Kirche. Wir wollen hier durchaus nicht den Ansichten der Sekten das Wort reden, wir unterstützen nur ihre Stellung dem Staate gegenüber als die einzige praktische Lösung einer zu allen Zeiten höchst schwierigen Frage. Jedermann muß den Vortheil einsehen, welcher der Kirche aus dieser unabhängigen Stellung erwachsen müßte, angenommen, daß die Kirche wirklich Seelsorgerin und nicht

Herrscherin sein will. Ihr Vermögen wäre dann gesichert wie das einer jeden andern Körperschaft im Staate, und nie würde es bei einer allgemeinen Krisis der Regierung oder dem Volke einfallen die Gelder einer Korporation anzugreifen, während jetzt die Kirche stets Gefahr läuft ihr Vermögen für Staatszwecke confiscirt zu sehen, wie dieß schon der Fall war, und in Oesterreich mehr als einmal zur Sprache gekommen ist. Für die kirchlichen Funktionen würden die Pfarrer der verschiedenen Gemeinden sorgen. Bei Ehen wäre im Interesse der Sittlichkeit eine direkte Einmischung des Staats sehr erwünscht. Dadurch, daß man aus confessionellen Gründen Ehen verweigern darf, fördert man die Immoralität und bringt dadurch dem Staat großen Nachtheil — diesem steht es zu die Schließung der Ehen zu erleichtern, ja sogar darauf zu bestehen, daß Ehen geschlossen werden: es kann aber nie in seiner Competenz liegen die Erschwerung derselben zu gestatten. Es stünde den Pfarrern der verschiedenen Gemeinden frei, gemischte Ehen zu segnen oder nicht: dieselbe Freiheit im Handeln, welche von Anderen beansprucht wird, muß auch ihnen zukommen, aber auf der andern Seite müßten sich Personen von verschiedenen Confessionen gültig copuliren können, und dazu müßte der Staat die Civil-Ehe einführen, *) welche auf die Verschiedenheit der Confessionen keine Rücksicht nimmt. Durch die Beseitigung jedes Zwanges und jeder Begünstigung hört alle Heuchelei auf, und an ihre Stelle tritt eine freie, belebende Religion. In der Stellung, welche die katholische Kirche theilweise einnimmt und einzunehmen trachtet, liegt unbedingt die größte Gefahr für Ordnung, Gesetz und

---

*) Siehe Anhang I. (S. 95.)

Religion; nicht etwa, daß die Kirche die Ordnung geflissentlich umstoßen will; sie thut es nur indirekt, passiv, ja sogar gegen ihren Willen. Die Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung liegt darin, daß der Anstoß gerade von einer Seite kommt, woher man ihn am wenigsten erwartet — vom Freund, und nicht vom Feind. Die Angriffe der Sozialisten sind weniger gefährlich, weil sie direkt sind, man sich daher gegen sie waffnen kann, und weil derlei Unsinn sich doch selber mit der Zeit richtet. Die Angriffe einer Partei sind immer schwächer als die eines Systems — erstere kommen nur periodisch vor, letzteres wirkt und handelt unaufhaltsam fort.

Es muß dem Staat daran liegen, daß die Religion im Lande kräftig blühe und in allen ihren Verzweigungen Wurzel fasse. Die Kirche hingegen kann nur wünschen, daß die von ihr aufgestellten Lehren zur Geltung kommen. Dem Staate liegt die Pflicht ob, die freie Entwicklung aller Religionen zu unterstützen, damit der „ächte Ring" sich kund thue; sowohl der Unglaube als der Glaube muß vertreten werden, damit letzterer kein todter Buchstabe bleibe, damit er ein lebensfähiges Prinzip werde, denn ohne Controvers, ohne Angriffe, ohne Streit ist an eine Sichtung des Wahren vom Falschen nicht zu denken. Ihm kann es gleichgültig sein, zu welcher Confession die Glieder des Staates sich bekennen.

Werfen wir nun, Oesterreich noch vor Augen habend, einen Blick auf das übrige Deutschland, welches bei dieser Frage wesentlich betheiligt ist. Wäre es gewagt zu behaupten, daß bei der ersten großen Krisis die Kirche am allermeisten

betroffen wird, und fühlt nicht jeder Geistliche, der nicht allein seinen eigenen Standpunkt vor Augen hat, sondern das stete Fortschreiten gewisser Prinzipien ruhig überschaut, daß das Haupthinderniß zu einer friedlichen Lösung der Verhältnisse in der Stellung der Kirche liege?

Wäre die Kirche eine konkrete Partei, wie z. B. eine conservative oder eine liberale mit den gleichen Rechten, so könnten alle drei friedlich neben- oder feindlich einander gegenüber stehen. Ist dieß gegenseitige Verhältniß möglich?

Nehmen wir an, daß die Kirche sich mit der conservativen Partei verbindet, um die radikale Partei zu stürzen. Dieß gelingt ihr, wie es ja schon oft der Fall war. Was bleibt aber? Eine große Erbitterung gegen eine Gesellschaft, welche kein Recht hat, sich in irdische Sachen einzumischen. (Der Haß der liberalen Partei gegen die conservative ist lange nicht so bitter, da beide Kämpfenden gleichen Wind und Sonne haben.) Verbindet sich aber die Kirche mit den Radikalen, was ebenfalls schon da war, wie gestaltet sich die Sache dann? Es entsteht erstens die Erbitterung, und zweitens ein tiefer Groll der Conservativen, sich von ihren vermeintlichen Freunden verlassen zu sehen. Nun vereinen sich die Conservativen und Liberalen, um der Kirche ihr früheres Benehmen entgelten zu lassen. Der Streich wird geführt und die kirchliche Partei liegt darnieder, aber mit ihr ist auch zugleich der Religion selbst ein Stoß versetzt, und die Kämpfer, statt die Früchte ihres Sieges zu ernten, sehen sich gezwungen, die überwundene um Verzeihung zu bitten. Der Kampf ist zu ungleich zwischen zwei Parteien, wovon die eine, nebst der gewöhnlichen Waffe, noch eine überirdische führt.

In einem Lande, wo keine herrschende Staatskirche exi-

stirt, ist dieser Einfluß bedeutend neutralisirt, die verschiedenen Kirchen fallen übereinander her und überlassen das Feld den politischen Parteien, wie es sich ziemt.

Wenn die Kirche Religion lehren soll, so muß sie diese Pflicht allein im Auge haben; dann wird sie geachtet: sobald sie sich in die Politik mischt, untergräbt sie die Grundlage ihrer Existenz. Kein menschlicher Geist ist im Stande, zwei entgegengesetzte Ideen und Interessen auf einmal aufzufassen und zu vertreten: die Kirche ebensowenig. Dazu kommt noch, daß die Kirche, wenn sie sich auf den politischen Standpunkt setzt, alles verläugnen muß, was sie, vom religiösen Standpunkte aus, behaupten sollte. Die Religion gebietet ihr ein mildes Urtheil, die Politik fordert gerade das Gegentheil. Die Moral verlangt Wahrheit, Parteiwaffen werden oft mit Falschheit gestählt. Die christliche Anschauung sollte alle Menschen als Brüder betrachten, in der Politik kann man dieß nicht verlangen — die Kirche muß Alles hienieden als eitlen Tand ansehen, politische Parteien können nur das Diesseits im Auge haben. Man könnte gerade so gut von zwei sich raufenden Bulldoggs, als von zwei politischen Parteien verlangen, daß sie ihre Natur verläugnen. Ferner müssen die politischen Parteien ohne Rücksicht der Ansichten ihren Gegner angreifen; verfährt man so mit der Kirche, so wird die Religion selbst angegriffen.

Ist es nun rathsam ein so furchtbares Element der Entzweiung, als das religiöse leider ist, auf's politische Gebiet zu übertragen, wo das Blut schon auf Siedepunkt steht? Es ist hier nicht nur von einer Kirche die Rede. Die engherzige, unchristliche, strengkirchliche Berliner Intoleranz, welche einen Humboldt mit ihrem Wespengesumme verfolgte, und der

freien Gemeinde noch Stiche versetzt, ist um kein Haar besser als ihre ältere Schwester: sie ist eher noch ärger, da sie, um ihren Gelüsten zu fröhnen, den Grundsatz verläugnet, der ihr das Recht der Existenz gibt, nämlich the right of private judgement. Die römische Kirche erkennt dieß Recht nicht an und wird ihren Standpunkt noch so lange behaupten, als die Männer sich bequemen, die Rollen der Weiber zu spielen und sich lieber anlehnen als selbstständig gehen. Aber eben darum fehlt ihnen die Einheit in ihrer politischen Stellung; denn sobald die Kirche mit dem Staat in Collision kommt, müssen sie dem Staate beistehen und der Kirche untreu werden, oder aber der Kirche huldigen und vielleicht Landesverräther werden.

Der Beruf der Kirche im Staat scheint dem einer Frau im Privatleben zu entsprechen. Es ist die Aufgabe Beider milde Sitten einzuschärfen, den harten Mann weich zu stimmen, den aufbrausenden zu besänftigen, Friede und Eintracht zu erhalten, Trost zuzusprechen, einen unantastbaren Ruf zu besitzen und alle menschlichen Gebrechen mit dem Mantel der Liebe zu decken. Fern von Beiden muß also die Politik bleiben. Eine Frau, welche sich mit der Politik abgibt, ekelt Einem kaum weniger an als ein Geistlicher, welcher Liebe predigen soll und alle Andersdenkende verdammt. Beiden sollen alle Wissenschaften im ausgedehntesten Sinne offen stehen. Das Feuer der edelsten Gefühle, ein Sinn für die schätzbarsten Güter der Menschheit, ein Herz für die Freiheit und für ihre Nebenmenschen sollten Beide beseelen, aber der Hader, der Haß, Ränke und Intriguen, unlautere Mittel zum Zwecke oder egoistische Zwecke selbst sind mit der Aufgabe, welche Beiden zukommt, gleich unvereinbar. Verläugnen sie aber ihren Beruf, um die Herrscher-Krone aufzusetzen, dann legen

sie das Zauberkleid ab, welches Beiden Schutz und Ehrfurcht verleiht, und bieten dem Spott, dem Haß und der Verachtung die Achillesferse dar.

Es thut jetzt wahrlich noth um eine christliche, nicht um eine kirchliche Anschauung. Wenn erstere nicht thatkräftig überall eingreift, wird in kurzer Zeit letztere einer liebevolleren und der Zeit angemesseneren Kirche weichen müssen, so wie die egyptische Priesterlehre der christlichen weichen mußte. *)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung auch hier das Richteramt ergreifen, und wie Portia einen weisen Spruch thun werde. Allein dem Conservativen muß es am Herzen liegen, durch vorbauende Maßregeln den Schiffbruch zu verhüten, der von dieser Seite her alle bestehenden Institutionen bedroht.

Die englische Verfassung ist sehr um das Staatsoberhaupt besorgt; dasselbe muß so gestellt werden, daß ihm kein vom Staat begangenes Unrecht zur Last gelegt werden könnte. „Der König kann kein Unrecht thun." Ohne diese Fiktion wäre die Monarchie auf die Dauer unmöglich. Der Monarch müßte früher oder später mit seinen Unterthanen in Collision kommen. Dadurch daß ein verantwortliches Ministerium ihm zur Seite steht, prallen alle Pfeile von der so geschützten Majestät ab. So lange Alles von diesem einen Organ ausgeht, müßten folgerecht alle Gebrechen ihm zur Last gelegt werden. Wenn der Monarch hingegen selbst Gesetze machen würde, wäre er für den Erfolg derselben

*) Auf das Theoretische kommt es weniger an als auf das Praktische, auf die Lehre der Kirche weniger als auf den Geist der Ausübung.

verantwortlich; jede Besprechung irgend einer Maßregel würde die oben genannte Fiktion vernichten, jeder Tadel würde das Ansehen des Monarchen schmälern und ein direkter Angriff die Existenz der Monarchie in Frage stellen. Wenn die Achtung, die der Monarch in England genießt, noch so groß ist, ist die Achtung vor dem Gesetz doch noch größer. Was das Volk selbst geschaffen hat ist ihm doppelt werth. Die Steuern, die ein Volk sich selbst auferlegt, mögen sie noch so drückend sein, werden leichter getragen, als wenn sie ihm auferlegt werden. Das einfache Befragen, sich Bereden nimmt allein schon einen Theil der Bitterkeit weg. Der Grund hievon ist auch in der Natur zu finden; das Volk legt sich selbst erst dann Lasten auf, wenn es klar einsieht, daß es so sein muß; es fügt sich der Nothwendigkeit. Wenn das Volk nicht volle Einsicht in die Finanzen hat, glaubt es immer, daß die nöthige Sparsamkeit im Staatshaushalt nicht beobachtet worden sei.

Was die Armee anbelangt, hat England immer eine exceptionelle Stellung und kann nie als Norm angesehen werden. Der Grundsatz, der in England gilt, kann auch anderswo gelten, nur sind die Ziffern andere. Es ist wahr, daß eine große stehende Armee in England der Freiheit gefährlich werden könnte; wo anders eben könnte der Mangel derselben die Existenz des Staates gefährden; dieser wäre um so fühlbarer auf dem Continent, wo in Folge unfreier Regierungsformen sich große Uebelstände eingeschlichen haben, welche die Bildung von revolutionären Parteien bedingen. Es wäre sehr unklug diese Gefahr für die Ordnung zu verkennen. Auf einmal aber ist sie nicht zu beseitigen.

Ehe sie nicht durch zeitgemäße freie Institutionen unschädlich gemacht wird, muß eine starke Repressionsgewalt dem Staate zur Verfügung stehen. Die Lasten, welche diese sonst unnöthige Kraftentwicklung verursacht, müssen sowohl den Völkern als den Herrschern als Lehre für die Zukunft dienen.

Wir haben im Anfange dieser Broschüre die übeln Folgen erwähnt, welche die Losreißung einer Provinz nach sich ziehen muß, und zugleich die Ansicht ausgesprochen, daß die Interessen aller Provinzen in einem Punkte sich vereinen, nämlich dem finanziellen. Es braucht wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, da wir schon von einem Parlamente gesprochen, um die Einfachheit einer Vertretung aller Provinzen in einer Deputirten-Kammer anschaulich zu machen. Wir halten diese Vertretung als ein sicheres, ja das einzige Mittel, um alle separatistischen Bestrebungen auf einmal niederzuschlagen. Jede Provinz wird ihre eigenen inneren Angelegenheiten selbst ordnen, und die Deputirten dieser Provinz werden beim Parlament dieselben, sowie den Gesammtstaat, vertreten; dadurch ist Einheit und Aufrechterhaltung der Nationalität auf einmal erreicht.

Es scheint überflüssig zu bemerken, daß wo alle Provinzen an der Erhaltung der Monarchie Theil nehmen, die Ausgaben für jede Provinz geringer sein müßten, als wo eine Provinz, vom Gesammtstaate abgesondert, ihre eigene Repräsentation zu führen hätte. Die Idee, daß die verschiedenen Provinzen, welche eine Sprache sprechen, deßhalb einen Staat bilden müßten, und daß die anderen von diesen ausgeschieden sein sollten, um einen zweiten Staat zu bilden u. s. f. gehört eher in's Narrenhaus, als in eine praktisch-politische Broschüre.

Die Schwäche eines Reises und die Stärke eines Reiser-Bündels ist bekannt.

In ein ähnliches, dem Narrenhaus nahe verwandtes Lokal gehören auch unbedingt die sogenannten Provinzial-Vertretungen und ein Parlament von 40 Mitgliedern. *)

In Frankreich, wo ein hypercentralisirendes Streben herrscht, möchten Provinzial-Vertretungen eher am Platze sein; in Oesterreich aber, wo gerade das Gegentheil im vollsten Maaße zu finden ist, kann man solche Vertretungen nicht anders als suicidal nennen. Fas est et ab hoste doceri. Gerade diese wünscht der exaltirte Ungar, der nichts weniger als eine Losreißung Ungarns bezweckt.

Muß man, weil die Interessen der verschiedenen Provinzen so mannigfaltig sind, die Verschiedenheit zur Staatsmaxime erheben? offen gestehen, daß die Provinz alles gilt und der Gesammtstaat nichts? erklären, daß die Interessen des Einzelnen denen der Masse vorgehen?

Eine Provinz an und für sich ist nichts, sie hat nur Gewicht als Theil des Ganzen. Die Frage also ist: „welche Vertretung eignet sich am besten für das Ganze?" Sicherlich nicht eine solche, welche es einer Provinz möglich machen könnte, die schönsten Theorieen über die Immoralität aller Steuern aufzustellen, oder eine Verlegung der Hauptstadt höflichst zu begehren — und solche gelinde Andeutungen von einer großen Provinz wie Ungarn könnten leicht wie ein Befehl lauten.

Es wäre auch sehr unbillig gegen jede Provinz gehandelt, wenn sie, in totaler Unwissenheit der Bedürfnisse und der Stimmung des Gesammtstaats, verleitet wäre, Beschlüsse zu

---

*) Dieser Vorschlag wurde in den öffentlichen Blättern besprochen.

fassen, welche nicht allein unausführbar wären, sondern dieselbe den Mißdeutungen aller übrigen Provinzen aussetzen müßten. Diese Beschlüsse wären vielleicht nie gefaßt worden, wenn man die Luft des Parlaments früher eingeathmet hätte, wenn man mit dem allgemeinen Standpunkt vertrauter gewesen und durch Verkehr mit Mitgliedern aus den anderen Provinzen der Hindernisse gewahr worden wäre, welche den Wünschen der Provinz entgegen standen.

Wegen Verschiedenheit der Interessen wird ein Parlament nie auseinander gehen, so lange dieselben debattirt werden können und die Debatten innerhalb der Gränzen des Anstands und der Ordnung bleiben; und um dafür zu sorgen, ist der Sprecher da mit den Offizieren des Hauses.

Gerade durch die Verschiedenheit der Interessen wird ein reges politisches Leben erweckt, die Mitglieder der einen Provinz erfahren, was die anderen wünschen, wie ihre Verhältnisse sind, und lernen dadurch die Verhältnisse des Gesammtstaats kennen.

Die wenigsten Interessen sind rein lokale, die meisten berühren den Gesammtstaat mittelbar oder unmittelbar. Und welche Verzögerung der Geschäfte! Die des seligen Hofkriegsraths waren nichts dagegen.

Nein, durch Provinzial-Vertretung gewännen die separatistischen Bestrebungen nur an Intensität, und die Auflösung des Staats würde beschleunigt. Ueberdieß ist die Vereinigung von Peer und Commoner in einer Kammer nicht denkbar. Der Nimbus, der den Peer umgeben soll, würde schwinden, wenn derselbe mit einem Commoner einen parlamentarischen Auftritt hätte, und der Commoner würde augenblicklich seine Unabhängigkeit, der Welt und seinen Mandanten gegenüber,

verlieren, wenn man die Möglichkeit voraussetzen könnte, daß er von einem Peer überredet worden wäre, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. In England ist man äußerst empfindlich in diesem Punkt. Nach parlamentarischem Gebrauch darf das eine Haus das andere nicht beim Namen nennen. Man spricht von „einem anderen Orte."

In keinem Lande waren die Interessen verschiedener als in England, und bis zur Aufhebung des irischen Parlaments waren sie und blieben ebenso feindlich und mannigfaltig, als es in Oesterreich die Interessen Ungarns sind gegenüber vom Gesammtstaate. In Schottland war derselbe Fall, nur daß dort die Amalgamation früher geschehen ist, und Wales findet heute noch, daß es besondere Interessen hat, ebenso wie Tyrol oder Kroatien. Hätten diese drei Provinzen eine Provinzial-Vertretung, würden sie heute noch dem Gesammtstaate ebenso entfremdet sein als die österreichischen. Der Gemeinsinn, welcher Englands Größe so wesentlich fördert und erhält, wäre auf Null reducirt. So lange das irische Parlament existirte, war Irland als ein fremdes Land zu betrachten.

Von der Provinzial-Vertretung gleiten wir unbemerkt in die Duodez-Auflage einer Vertretung, nämlich in die der 40. Warum nicht ebenso gut gleich le Conseil des dix adoptiren? Wenn 40 Mitglieder für ein Kaiserreich genügen, was für ein Bruchtheil von einem Individuum wäre erforderlich, um ein Fürstenthum Liechtenstein zu vertreten? Es ist traurig, daß solche Ideen Eingang finden, wo Hannibal ante portas ist. Vielleicht ist der Vorschlag schon im prophetischen Geiste gemacht, um allen späteren Verfassungs-Aenderungen, beim erwarteten Abfall einiger Provinzen, vorzubeugen! Alle Ehre diesem Propheten.

Wenn man einmal daran ist, eine Vertretung ins Leben zu rufen, so wäre es vernünftiger, eine zu bestimmen, welche diesen Namen verdient, und welche lieb zu gewinnen und zu erhalten sich der Mühe verlohnte, als eine Zwitter-Produktion nach der Schablone der deutschen Staatssysteme. Wir verehren die Deutschen zu sehr, um irgend etwas Unangenehmes über ihre Einrichtungen zu sagen, und müssen nur bedauern, daß seit zwölf Jahren wenig gethan worden ist, um ihre monarchische Liebe zu stärken, aber viel, um aus ihnen Republikaner zu machen.

Die erste Frage, welche einem Parlament vorzulegen wäre, würde wohl die finanzielle sein. Diese würde mit einem Male alle Provinzen einigen, da alle dasselbe Interesse haben, die Finanzen des Landes so zu reguliren, daß die Lasten, welche überall so drückend sind, erleichtert werden könnten. Die Verschiedenheit der Interessen, statt den Gesammtstaat zu schwächen, würde ihn eher stärken. Es ist ein lebenskräftiges Element, welches sowohl die Individualität des Einzelnen als die der Provinz sichert.

Es ist freilich nicht zu verlangen, daß in der Organisirung so vielseitiger Interessen die Regierung keinen Fehler mache. Eine jede begeht sie. Wenn keinen Uebelständen abzuhelfen wäre, so hätte auch die Menschheit nichts mehr zu verbessern, somit nichts mehr zu hoffen, nichts mehr zu erstreben. Vollkommenheit ist hier am allerwenigsten zu suchen, es stünde nicht in Harmonie mit der menschlichen Natur. Ein Bauwerk aus Ecksteinen gebildet, kann regelmäßig ausgeführt werden; anders ist es mit einer freien Verfassung. Menschliche Interessen sind tausendfältig, und so müßte die Verwaltung sein, welche dieselben leitet. Die Frage ist einfach die, ob Fehler

und Uebelstände das Bestehen des Staates gefährden. In England ist dieß nicht der Fall, obgleich dort mehrere Fehler in der letzten Zeit begangen worden sind. Nirgends, außer in Preußen, ist eine unheilvollere Politik verfolgt worden, welche gewiß einmal böse Früchte für England tragen wird; nur darf man dabei nicht vergessen, daß die Engländer als ein freies Volk immer Sympathien für ein anderes Volk haben müssen, welches seine Freiheit erstrebt. Preußen hat nicht einmal diese Entschuldigung. Die Engländer haben einem wohltönenden, aber hohlen Worte „Freiheit"*) alle Rechtsbegriffe geopfert. Das Wort hat sie so mächtig erfaßt, daß sie nicht einmal erwogen, ob Victor Emanuel aus rein politischem Gefühle die Freiheit Italiens vertrat, oder ob er nicht vielmehr nur aus eigennützigen Motiven gegen alles Recht handelte, und ob sein mächtiger Gönner, der in seinem Lande keine Freiheit duldet, der passende Mann sei, als Träger der Freiheit zu dienen. Wir wollen nicht vertheidigen, nur erklären; die Verfassung aber, welche England eine geregelte Freiheit sichert, ist deßhalb nicht um ein Haar weniger nachahmungswerth, weil die Politiker des Tages eine schlechte Politik befolgten. Fehler mögen immerhin vorkommen: beim System des Selfgovernments aber, wo das Volk selbst die Gesetze macht, ist, wenn auch Uebelstände vorhanden sind und Fehler vorkommen, viel weniger Chance daß Unruhen entstehen, da das Volk selbst für den Erfolg seiner eigenen Gesetze einstehen muß; werden dagegen die Gesetze von der Krone aus octroyirt, benützt das Volk gerne die Gelegenheit, die Schuld auf Andere

---

*) Siehe Anhang II. (Seite 99.)

zu wälzen, die es in anderem Fall ohne Murren und schandenhalber selbst getragen hätte.

Wenn das Volk selbst die Gesetze macht, ändert es sie gewiß nicht, bis die Nothwendigkeit schreiend Abhilfe fordert. Das Volk muß sich überzeugt haben, daß das alte Gesetz nicht mehr zeitgemäß und ein neues nöthig ist. Dieses Festhalten an bestehenden Gesetzen bildet ein Hauptmoment in der englischen Gesetzgebung. Man braucht nur einen Blick auf das Verfahren des englischen Parlaments zu werfen in einer Frage, welche nur eine Lappalie ist, und doch während etlichen zehn Jahren alle Jahre wieder kam, die nämlich, ob man die Schwester seiner verstorbenen Frau heirathen dürfe. Diese Frage kommt nun jedes Jahr vor und wird immer wieder verworfen; einmal wird sie angenommen werden, aber erst dann, wenn die dringende Nothwendigkeit derselben — nicht der Wunsch — sich im ganzen Volke fühlen läßt. Wenn man so hartnäckig eine solche Bagatelle vertheidigt, was wird man erst thun bei einer Frage, welche die Constitution selbst angreift? Die Pairskammer spielt in dieser Frage die Rolle, die ihr gebührt: sie ist da, um aufzuhalten, damit die Frage überall durchdringe. Ist an der Sache nichts, so fällt sie von selbst. Spricht sich hingegen das ganze Volk dafür aus, so hat die Pairskammer ihre Aufgabe gelöst und gibt nach. Ohne dieses Aufhalten wäre die Frage vielleicht gleich Anfangs angenommen, aber ebenso bald als unnöthig und unzeitgemäß wieder abgeschafft worden.

Wir haben in dieser Broschüre nur die Hauptfragen, welche bei der Reform eines Staates in Betracht kommen, vom allgemeinen Standpunkt aus erörtert und die untergeordneten, wie Gemeindewesen und dergleichen, gar nicht be-

rührt, da wir es für ein zu gefährliches Experiment ansehen, sich mit dem Dache zu beschäftigen, wenn das Erdgeschoß schon im Einstürzen begriffen ist. Eben so wenig möchten wir mit einem fertigen Programm auftreten, das weder erwünscht noch nöthig wäre; nicht erwünscht, weil dadurch zur späteren ruhigen Entwickelung nichts mehr übrig bliebe und vor der Hand ein solcher Wust von Arbeiten aufgehäuft würde, daß Chaos und nicht Ordnung daraus entstehen müßte; nicht nöthig, da im Laufe der Begebenheiten sich sehr viel von selbst gibt, manches stillschweigend angenommen oder in Ausübung kommen würde und alles Uebrige sich leicht in die Cadres einreihen ließe. So lange keine feindlichen Elemente vorhanden sind, welche eine Ausgleichung unmöglich machen, kann sich alles ruhig entwickeln. Wenn das Staatsoberhaupt die Pairs zu einer Pairskammer und die „Gentry," in der vorher schon besprochenen Weise, zu einer Deputirtenkammer zusammen beriefe, um die Angelegenheiten des Reichs zu besorgen, wären, ohne irgend eine ungesetzliche Störung zu verursachen, alle Elemente da, um nach und nach die nöthigen Reformen einzuführen und für die weitere Vertretung aller Interessen Sorge zu tragen. Es wäre vielleicht nöthig, da die Mitglieder beider Kammern in dem gehörigen Geschäftsgang nicht geübt sind, einige besoldete Personen anzustellen, welchen für die erste Zeit die Leitung der Geschäfte übertragen würde.

Wenn das Haus der Gemeinen zusammen kommt ist das erste, den Sprecher zu wählen, der sich in nichts vergäbe, der die Rechte und Privilegien des Hauses zu wahren wüßte und durchaus unparteiisch wäre. Von diesem Augenblicke an würde alle Verantwortung auf ein vom Kaiser gewähltes Ministe-

rium fallen. Nach genommener Einsicht in die Finanzen — die allererste Frage — würde von selbst für die nöthigsten und dringendsten Aenderungen im Staatswesen die Bahn gebrochen werden, sie würden allmälig zur Berathung kommen, und so lange man sich dem Wahne nicht hingibt, daß man was Fertiges und Vollkommenes zu schaffen hat, so lange man keine Theorieen aufstellt, sondern sich mit den praktischen Arbeiten der Staatsmaschine begnügt, ist an einem günstigen Erfolg nicht zu zweifeln.

Nirgends hat ein Staat leichteres Spiel wie hier, ein kleiner Schritt auf der rechten Bahn genügt, um Vertrauen einzuflößen. Zur rechten Zeit gegeben reicht ein unbedeutendes Geschenk weit, es wird als eine a Conto-Zahlung angesehen und man wird dem Gläubiger mit den Terminen viel nachsehen. Wenn aber das Volk gezwungen wird, sich selbst bezahlt zu machen, dann ist das Versprechen eines Welttheils zu klein, um seine unersättliche Habgier zu stillen. Die Preßfreiheit und die Zusammenberufung eines Parlaments genügen, um den Credit des Landes wieder herzustellen. Handel und Gewerbe, welche jetzt darnieder liegen, blüheten augenblicklich auf. Jeder würde fühlen, daß er das Recht hätte, einen Wechsel auf die Zukunft auszustellen.

Wenn hingegen nur an momentane Hilfe, an die Quantität und nicht an die Qualität der Reformen gedacht wird, wenn der Rahmen zu klein ist, um das Bild zu umfassen, zu welchem sich die verschiedenen Gruppirungen nur nach und nach gestalten, wenn nicht ein der Zeit entsprechender Geist alle Reformen leitet und ein Festhalten an den einmal ge-

gebenen die nöthigen Garantieen für die Zukunft bietet, dann wird das Mißtrauen eher vermehrt als beseitigt.

Umsonst stemmt man sich gegen ein heranbrausendes Lokomotiv, man kann aber dasselbe besteigen und führen, man kann langsam fahren, sogar stehen bleiben, wo nöthig, aber doch auf derselben Bahn bleiben und dieß ist die Aufgabe des Conservatismus.

Ueber die Tragweite der bestehenden Mißbräuche können verschiedene Meinungen obwalten, jedoch wird Jeder zugeben müssen, daß die Idee hier die Hauptrolle spielt, und diese Idee genügt, um die Unzufriedenheit bis auf die höchste Potenz zu steigern. Es wäre lächerlich heutzutage von der Tyrannei zu reden, man schlitzt keine Nasen und Ohren mehr. Man verbindet aber jetzt mit dem Wort Mißbrauch einen anderen Begriff als damals, und diejenigen, die heutzutage regieren, müssen den jetzigen Begriffen Rechnung tragen. Wenn wir die jetzigen Comforts in unseren Wohnungen nicht hätten, könnten wir noch ganz gut fortleben; ein Jeder aber wäre sehr unzufrieden, wenn man die harten Sesseln unserer Vorfahren wieder einführen wollte.

Es ist nicht das eigentliche Volk, welches heutzutage der meisten Berücksichtigung bedarf, sondern die besitzenden Klassen; denn das Volk hat keine Verantwortung, zahlt nichts für die Erhaltung des Staats und verwendet nicht seine Zeit für Andere unentgeltlich. Sobald seine persönliche Freiheit gesetzlich gesichert ist und nicht von der Willkür eines Anderen abhängt, so lange es Arbeit und Brod hat, ist es glücklicher als alle anderen Stände und wird diese selten beneiden.

Die politischen Beglücker dieses Volkes sind nur Phrasenmacher.

In dem Vorhergegangenen haben wir uns bestrebt, so objektiv wie möglich zu sein und die Sachen anzusehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten. Unsere Ansichten mögen dem Einen zu frei, dem Anderen zu conservativ vorkommen: aber Jeder muß zugeben, daß unsere Tendenz keine revolutionäre sei. Wir wollen eine Monarchie erhalten, glauben aber, daß dieß nur auf einem Wege möglich ist, und erlauben uns, diesen Weg anzudeuten. Wir nehmen unsere Inspiration nicht von einer Partei und vertreten nicht die Interessen eines Standes. Das Wohlergehen des Kaiserstaates liegt uns am Herzen. Um diesem zu dienen, erkühnen wir uns zu sagen, daß derselbe mit großen Schritten einer allumfassenden Revolution entgegengeht und daß es nur ein Mittel gibt, damit die brausenden Wellen sich legen, und dieses ist: ernsthaft den Weg zu einer freien Verfassung anzubahnen.

Für jedes andere Verfahren ist es zu spät.

Wien, 10. März 1860.

Nachtrag.

Wir haben in dem Vorhergegangenen nachzuweisen gesucht, daß die gegenwärtige Lage Oesterreichs eine große Aehnlichkeit mit der von Frankreich vor 1789 hat, insofern eine Parallele zwischen zwei Epochen in der Geschichte überhaupt sich ziehen läßt, und daß nach unserem Dafürhalten das einzige Mittel, damit ein 1789 nicht erfolge, das Einführen einer freien Verfassung auf conservativer Basis ist. Wir haben ferner auf ein Haupthinderniß aufmerksam gemacht, welches, obwohl seiner Natur nach außerhalb des politischen Gebietes liegend, doch so sehr in dasselbe eingreift, daß das Bestreben Oesterreich zu regeneriren, ohne auch zugleich die Verhältnisse des Staates zur Kirche auszugleichen, durchaus scheitern müßte. Wir erlauben uns hier noch einige Bemerkungen zuzufügen, welche in der Broschüre selbst den Zusammenhang derselben gestört hätten, die aber zum vollen Verständniß dieser so schwierigen Frage durchaus unerläßlich sind.

Wenn irgend etwas im Stande wäre, den gefährlichen

Einfluß der Kirche dem Staate gegenüber in ein grelles Licht zu setzen und uns über die wahre Natur der politischen Stellung derselben aufzuklären, so ist es unbedingt die Rolle, welche die Kirche in Frankreich seit 1848 gespielt hat. Ihre Politik war nicht weniger die des Cäsarismus, als die des zweiten Dezembers. Wie Monsieur Bonaparte seine Regeneration Frankreichs vornahm, fand er bereitwillige Hilfe von Seite der Kirche, die sich zu Allem hergab — mittelst der Autorität vernichtete sie jede Selbstständigkeit. Und diese Autorität soll man als ein Kleinod betrachten, und die dem Staate so nothwendige Autorität soll nirgends als in einem fremden Elemente zu finden sein und nicht aus dem Staate selbst hervorgehen! Soll denn der Staat weniger Autorität nöthig haben, als die Kirche? Wir hätten in unserer Einfalt geglaubt, daß ersterer ziemlich mehr bedarf, als letztere. Wer erhält uns unser Vermögen, sichert uns unsere Existenz? Die Idee ist gar zu naiv.

Hätte die Kirche in Frankreich den moralischen Muth gehabt, dem Cäsarismus kräftig entgegenzutreten, so hätte sie demselben einen Damm setzen können und Europa wäre in einer ganz andern Lage als jetzt. Dieß war jedoch unmöglich, da sie den Damm gerade gegen sich selbst, den Cäsarismus nämlich, hätte setzen müssen, sie wäre mit andern Worten conservativ geworden, was sie nie sein kann. Die Kirche octroyirt eine kirchliche Verfassung, gerade wie ein Staat eine politische. Ob die Octroyirung von Alters her ist, oder von gestern, thut nichts zur Sache, es bleibt immer octroyirt; der klarste Beweis davon ist, daß die politischen Wirren sich auf einmal lösen würden, wenn die kirchlichen entfernt wären.

So durchdrungen sind wir von der Richtigkeit dieser

Anschauung, daß wir nicht umhin können, zu wiederholen, daß die einzig zu wandelnde Bahn in der Politik, sowie die Harmonie in der sozialen Ordnung, von der richtigen Auffassung der gegenseitigen Verhältnisse und deren strenger Scheidung abhängen. Wir möchten Begriffe trennen, die mit einander nichts gemein haben und deren Vereinigung Leute trennt, die sonst in Allem ziemlich einer Meinung sind, und ein hauptgemeinsames Ziel vor Augen haben. Es ist ganz begreiflich, daß die Geistlichkeit, sowie jede andere Gemeinschaft, ihre Ueberzeugung für die richtige hält. Nur geht sie noch weiter — sie will, daß Alle aus ihrem Born schöpfen, was natürlich bei jedem, der sich einer andern Quelle zuwenden will, Haß erregt. Auf diese Art ruft sie eine Opposition hervor, die als eine absichtliche, aus böswilligen Motiven entspringende Feindschaft angesehen wird, und nicht selten gelingt es ihr, Werkzeuge zu finden, die, während sie ihre Interessen vertreten, in dem Wahne leben, daß sie nur ihren eigenen Ausdruck leihen.

Es wäre denkbar, daß die in der englischen Verfassung anerkannte Fiktion ebenfalls in kirchlichen Sachen anwendbar wäre, und daß Alle übereinkämen, diese Fiktion für heilig und zur Staats- resp. Kirchenerhaltung nothwendig zu betrachten. Es müßte aber dann wirklich eine Fiktion bleiben. Bei der Kirche aber handelt es sich um eine Wahrheit, deren Besprechung nie verboten werden darf, ohne das Aufkommen von Zweifel über diese Wahrheit selbst befürchten zu müssen. Man ist gezwungen, die Wahrheit zu beweisen, damit sie nicht in Frage gestellt wird. In China ist alle Besprechung religiöser Gegenstände verboten, und dorthin sollen die sich wenden, welche in einer octroyirten Autorität ihr Heil suchen.

Hat der Staat keine würdigeren Mittel, um die Gesetze aufrecht zu erhalten, als uns mit Höllenqualen zu schrecken, und ist er, wenn er dieß thut, minder strafbar als eine Mutter, welche ihr Kind zum Gehorsam zwingt, indem sie ihm Furcht vor dem Teufel einjagt? Glaubt sie daran, dann ist sie doppelt strafbar; wenn nicht, so wird sie dem Kinde gegenüber zur Lügnerin, der kein Kind anvertraut werden soll. — So der Staat. Bei der Familie sowie beim Staate ist die Selbstständigkeit der Hauptzweck, den man im Auge haben muß. Diese ist mit einem gläubigen Gemüth vereinbar, nie aber mit einem octroyirten Glaubensbekenntniß. Ohne Selbstständigkeit florirt der Cäsarismus, aber der conservative Staat geht zu Grunde.

Der Staat ist eine durchaus weltliche Einrichtung und kann sich nur mit menschlichen Dingen abgeben, sonst übernimmt er eine Aufgabe, der er nicht gewachsen ist, und unterliegt. Er kann sich in kirchlichen Sachen ein Gutachten einholen, wie er es überhaupt in allen speziellen Fragen thun muß; aber nie darf seine Autorität weder durch das eine noch durch das andere geschmälert werden. Ist die geistige Richtung im Staat eine freie, so erhebt man sich über die täglichen Anschauungen, und erbaut sich an den Mysterien unseres Daseins; ist diese eingeschränkt, so denkt man lieber gar nicht, und überläßt Anderen das Denken. Die Selbstständigkeit wird aber dadurch vernichtet, und Sklaven und nicht Bürger werden aus einem solchen Systeme hervorgehen.

Sowohl der Glaube als der Unglaube sind Hüllen für einen edlen oder unedlen Kern. Die Wenigsten sehen tiefer als die Schaale. Man hält sich in der Regel an den Namen und läßt den Kern unberührt. Aus dieser Unwissen=

heit entstehen natürlich die unsinnigsten Vorurtheile, welche etwas tieferes Denken sogleich entfernen würde. Man traut sich nicht über ein Land und dessen Bewohner abzusprechen, ohne das Land besucht und alle Phasen der Existenz in demselben untersucht zu haben, und doch glaubt man sich berechtigt, je nach der Farbe des Beurtheilenden, einen katholischen Geistlichen als einen Heuchler, oder einen Materialisten als einen unmoralischen Menschen zu erklären. Daß es wahrhaft aufrichtige katholische Geistliche gibt, die ihrem Beruf Ehre machen, ist so unläugbar, als daß es Materialisten gibt, welche alle Achtung verdienen. Was aber weniger in die Augen springend und doch eben so gewiß ist, ist daß der katholische Geistliche, trotz seiner Stellung, und der Materialist, Dank seiner Stellung, das geworden sind, was sie sind. Letzterer, indem er den Muth hat, sich über die Vorurtheile der Welt wegzusetzen, entwickelt eine sittliche Kraft, die ihm in allen Gelegenheiten des Lebens Festigkeit verleiht; ersterer wird, durch seine Stellung, verleitet unsittlich zu sein, und hat darum auch das immense Verdienst, den Versuchungen widerstanden zu sein; er ist mit dem beschränkten Wirkungskreis, welcher ihm beschieden ist, zufrieden, und erfüllt seine schweren, aufopfernden Pflichten mit einer Humanität, die ihm die Liebe seiner Nebenmenschen versichert. Der überwiegende Geist, welcher einen Humboldt oder einen Feuerbach aus der orthodoxen Bahn bringt, ist nicht vorhanden, um einen Vicar of Wakefield in seinem Wandel irre zu machen.

Die meisten Geistlichen sind noch dazu so schlecht gestellt, im Verhältniß zu ihrer Bildung und zur sozialen Stellung, die sie, zur Behauptung der Würde ihres Amtes, in der Welt einnehmen sollen, daß sie nur als Proletarier und folg=

lich Anhänger der demokratischen Partei angesehen werden müssen. Um conservativ zu sein, andere Hindernisse abgerechnet, müßten sie aus andern Elementen bestehen, als dieß in der Regel der Fall ist. Ohne gerade vermöglich zu sein, wie es bei so vielen der englischen Geistlichen der Fall ist (was aber nie im Interesse der Religion selbst erwünscht wäre), müßte wenigstens ein Gleichgewicht herrschen, zwischen ihrer pekuniären und ihrer weltlichen Stellung. Der Staat ist nicht im Stande, dieß herzustellen, da, um auf der einen Seite gerecht zu sein, er auf der andern ungerecht sein müßte: der Staat müßte von allen fordern, was nur einige bereit wären, zu geben. Kein Staat darf, oder kann heutzutage die Geistlichen stellen, wie sie gestellt sein sollten; und thut er dieß nicht, so ernährt er nur ein demokratisches Element. Durch freiwillige Beiträge allein ist dem Uebelstand abzuhelfen, wie wir es anderswo schon angedeutet haben. Es könnten weniger, vielleicht noch mehr Geistliche nöthig sein und ernannt werden, als es heute gibt. Was immer die Zahl sein mag, hätte man zufriedene und vollends durch ihre Trennung vom Staate, conservative Elemente. Diese Klasse (die niedere Geistlichkeit) ist, je nach ihrer Stellung, entweder ein Fluch oder ein Segen. Wenn gestellt wie sie sein sollte, ist sie segenbringend, und keine Opfer dürften zu groß sein, um diejenigen zu befriedigen und zu verehren, die die Keime edler Denkungsart für uns und unsere Kindeskinder ausstreuen. So lange „was du willst, daß man dir thue, das thue auch einem Andern" als oberster Grundsatz hienieden besteht, müssen diejenigen, welche denselben durch Wort und That bekunden, stets einen erhabenen Standpunkt im Staate einnehmen.

Es ist eine beschränkte Anschauung, den Pietismus zu verabscheuen. Man vermehrt dadurch unnöthiger Weise den confessionellen Hader. Der Pietismus ist nur die Consequenz einer gläubigen Auffassung und ist immerhin einem bequemen, leichten Kaufs errungenen, religiösen Standpunkt vorzuziehen. Derjenige, der seine religiösen Anschauungen weltlichem Vortheil und sozialer Stellung unterordnet, und sie nur hat, weil diese materiellen Vortheile es erheischen, ist um kein Haar besser, als der, welcher durch Leichtsinn und Indifferentismus allen religiösen Gefühlen fremd bleibt. Dieser Indifferentismus war der Hauptzug im vorigen, leichtfertigen Jahrhundert. In unserer ernsten Zeit ist Ueberzeugung an seine Stelle getreten und der Gewinn ist groß. Was man heute ist, ist man durch Ueberzeugung, sei man nun gläubig oder ungläubig, und so lange Ueberzeugung die Motivkraft unserer Handlungen ist, können wir getrost der Zukunft entgegengehen. Der Indifferentismus allein läßt keine Hoffnung aufkommen.

Wir möchten Allen, welcher Farbe, politisch oder confessionell, sie auch angehören, hier die Hand zur Versöhnung reichen, in der festen Ueberzeugung, daß nur ein einiges Zusammenhalten von Allen, welche es ehrlich mit sich und Andern meinen, und ein gänzliches Ignoriren aller politischen und kirchlichen Unterschiede, zur sozialen Ordnung führen können. Einer, der seine eingebildete oder von Andern eingeimpfte Anschauung als die einzig richtige betrachtet, ist weder fähig an der Regeneration eines Landes Theil zu nehmen, noch ihre Nothwendigkeit zu begreifen. Nur Vorurtheilsfreie, im weitesten Sinne des Worts, können zu einem Werke beitragen, das durch das eigene Gewissen und nicht durch fremde Mandate vollbracht werden will.

Ohne Selbstständigkeit wird aus dem gläubigen Gemüth entweder ein Inquisitor oder ein Heuchler, da Schein oder Uebertreibung die sicheren Folgen der Unfreiheit sind. Nur die Pflanze, welche sich frei entwickeln kann, hebt ihr dankbares Haupt gen Himmel und athmet froh. — Nur ein solches Leben ist würdig, erhalten zu werden. — Nur eine sowohl geistig als politisch freie Entfaltung macht conservativ. In einem absoluten Staate mag der Einzelne es wohl sein, das Volk aber ist es nie.

Anhang.

I.

(Zu Seite 69.)

Wenn das Herrenhaus in Berlin nach einer so langen Debatte diese Frage nur noch mehr verwickelte, muß es anmaßend scheinen, wenn wir als Plänkler noch einige Streifschüsse abfeuern: allein nach unserem Dafürhalten hat das Berliner schwere Geschütz vor zu vielem Rauch stets daneben geschossen. Die Frage selbst, von allem fremden Anhängsel befreit, hat gewiß in einer Nußschale Platz. Entweder ist die Ehe göttlichen oder irdischen Ursprungs. Wenn göttlich, geht sie den Staat, wenn irdisch, die Kirche nichts an. Hier ist kein transigiren möglich.

Ist nun der Ursprung göttlich, so folgt daraus, daß die Ausübung auch göttlich sei; obwohl es keine nothwendige Folge ist, daß wo die Ausübung göttlich ist, der Ursprung auch ein göttlicher sei. Jeder wird zugeben daß, wenn die Ehe sowohl im Ursprung als in der Ausübung göttlich ist, sie alles leistet, was von einer im Himmel geschlossenen

Institution verlangt werden kann, und folglich mit dem Staate nichts gemein hat; wenn hingegen der Ursprung allein ein göttlicher ist und die Ausübung eine irdische, oder umgekehrt, daß die Ehe dann dem Staate anheimfällt.

Leistet nun die Ehe in der Ausübung das, was man von einer Sache verlangen kann, die göttlichen Ursprungs ist? Ehebruch antwortet mit Riesenstimme: Nein. Ein bloßer Heirathscontrakt klopft unsanft an die himmlische Pforte, und eine im irdischen Sinn vernünftige Heirath macht die Gottheit völlig zum Schacherjuden.

Wenn also der göttliche Ursprung wegfällt, dann muß folgerichtig die Ehe als eine Staatseinrichtung angesehen werden, und dann hat der Staat allein das Recht sie zu schließen oder zu lösen. Es versteht sich von selbst, daß, was geschlossen, auch gelöst werden kann.

Verliert dadurch die Ehe an Ansehen, daß sie menschlichen und nicht göttlichen Ursprungs ist? Es scheint uns, daß ein nicht menschlicher Ursprung sie von allen menschlichen Pflichten und Bestrebungen entbindet. Eine im Himmel geschlossene Ehe muß bis zu Ende himmlisch bleiben — aller Verdienst, welcher sonst einer musterhaften Ehe zukäme, fällt hier weg, und alle Sorge für den Ruf der Eheleute ist überflüssig. Wir können nicht umhin, diese Auffassung der Ehe als eine Entwürdigung derselben, als ein Prämium auf Immoralität anzusehen. Je mehr man Mensch bleibt und seine Pflichten als Mensch erfüllt, um so mehr bleibt man seinem Beruf treu; der Handlung einen Schein der Göttlichkeit zu geben, ist gewiß nur eine Ausrede, um von den Pflichten dispensirt zu werden, welche allen Menschen obliegen.

Es ist höchst merkwürdig, daß gerade diejeni-

gen, deren Beruf es ist, heilig zu sein, an dieser heiligen Handlung nicht theilnehmen dürfen. Dürften sie es thun, so würden sie dadurch die Moralität im Lande mehr heben, als durch alles Messelesen von jetzt an bis zum jüngsten Tag.

Dadurch daß man die Schließung der Ehe der Kirche auferlegte, hat man ihr nur geschadet, da die Gebrechen der Ehe doch zuletzt auf sie zurückfallen. Weil die Kirche die Ehe schließt, bekommt dieselbe eine Art kirchlicher Glorie; führt die Ehe aber zum Verbrechen, dann wird die Glorie ein Gegenstand des Spottes.

Es folgt aus dem Vorhergegangenen, daß die Kirche klüger handeln würde, wenn sie die Schließung der Ehe dem Staate allein überließe, dessen Interesse es hauptsächlich ist und immer sein muß, daß Ehen geschlossen werden. Wer hat für die Folgen der Ehe zu sorgen? der Staat. Was hat die Kirche mit Niederlassungen zu thun? quasi nichts. Man ist vor allem Staats- und nicht Kirchen-Bürger. Das neugeborene Kind gehört vom ersten Augenblicke an dem Staate und wird erst nachher in den Schooß der Kirche aufgenommen, entweder gleich oder erst später, wie es bei einigen Sekten der Fall ist, ja einige Sektirer taufen ihre Kinder gar nicht. Der Staat darf diese angenommenen Pflichten nie aufgeben, er kann sie einem Anderen delegiren, wenn er Einen findet, der sie ihm abnimmt: er bleibt aber verantwortlich, und muß deßhalb für alle diejenigen, welche die kirchliche Trauung nicht wünschen, die Civil-Ehe einführen.

Die sittliche Würde der Ehe bekundet sich durch Thatsachen und nicht durch Theorien, sie wird nie von außen

gefährdet, sondern trägt in sich selbst die Bedingungen ihrer Existenz. Ein Band zwischen Mann und Frau, auf Liebe gegründet, von Pflichtgefühl befestigt, durch Selbstverläugnung gehoben und durch Selbstachtung geheiligt, bedarf keine Mythe, um seine soziale Stellung zu heben, während ein unauflösbares schmachvolles Bündniß den letzten Duft der Sittlichkeit abstreift, da dieses Band der Ehen zum Meineid wird.

Wo keine Civil-Ehe besteht, erwächst noch ein fernerer Uebelstand. Man wird verleitet, entweder seinen Glauben aus Interesse, nicht aus Ueberzeugung, zu ändern, oder etwas zu versprechen, was man nicht gesonnen ist zu halten: beide Fälle der Moral gleich zuwider.

Nach abgeschlossener Civil-Ehe bleibt es Einem immer noch frei um die kirchliche Einsegnung einzukommen, welche, da sie Einem nicht aufgedrungen wird, noch den Werth der aufrichtigen Ueberzeugung — das Verdienst einer freiwilligen Handlung — hat. Wir betrachten die Möglichkeit einer doppelten Trauung als ein weiteres Pfand für das Wohl der Ehe. Man hat mehr Zeit in sich zu gehen, man wird mehr der Pflichten gewahr, welche man auf sich nimmt; und wenn irgend eine Handlung erfordert, daß man seinen Leichtsinn am Altar des Gewissens opfert, so ist es gewiß die, welche, wenn gut durchgeführt, eine Ehre und ein Glück, schlecht aber, eine Schmach und eine Qual ist. Um dieses Vortheils willen allein darf der Staat Einem die Ueberlegung nicht aufdringen. Der Zweck heiligt die Mittel nicht.

Wenn wir auch das Urtheil vieler Leserinnen in dieser Frage befürchten, so müssen wir noch mehr den Schlag fürchten, welcher, durch Erschwerung der Eheschließung, der Mora-

lität des Landes geführt wird. Das ganze soziale Gebäude beruht auf der Familie; je mehr Familien im Lande, desto mehr conservative Elemente, selbst das Proletariat, wenn verheirathet, hängt noch mit einem Faden an der Ordnung. Kinder, sagt der weise Lord Bacon, sind so viele Bürgen für's Schicksal („hostages given to fortune“).

II.

(Zu Seite 81.)

Es ist natürlich hier der Standpunkt am Anfang des Krieges gemeint, wo Niemand den Lauf der Begebenheiten voraussehen konnte. Damals war man auf Alles eher gefaßt als auf die Freiheit, und wenn dieselbe jetzt dämmert, ist es Trotz und nicht Dank Monsi. Bonaparte. Und obwohl man diesen Krieg als einen Raub immer betrachten muß, kann man doch den Italienern das Zeugniß nicht verweigern, daß sie während dem letzten Jahre sich musterhaft benommen haben. Ob sie unter dem piemontesischen Scepter glücklicher sein werden, als unter dem österreichischen, ist sehr zu bezweifeln. Sei dem wie ihm wolle, die früheren Bande sind zerrissen und das Rad der Ereignisse läßt sich nicht zurückrollen. Alle weiteren Combinationen müssen von jetzt an neu gestellt werden. Man kann nicht mehr vom Standpunkt vom März 1859 ausgehen.

Wie immer man das Recht der Herzogthümer, ihre Herrscher zu wählen, beurtheilen mag, muß man doch zugeben, daß kein Herrscher in Europa ein größeres Recht auf seinen

Thron hat als der Großherzog von Toskana. Die Rechte der Capetinger z. B. waren ursprünglich nur eroberte; bei Toskana aber war der Besitz von allen Mächten garantirt, er war kein usurpirter, er war vielmehr eine Vergütung und wurde Privat-Eigenthum. Wenn Toskana seinen Großherzog durchaus nicht mehr haben will, sollten alle Mächte darauf bestehen, daß demselben vergütet werde, was er dort verliert. Dadurch, daß er sein Land verließ, um sein Leben zu sichern, hat er ebensowenig seine Rechte verwirkt, als ein Herrschafts-Besitzer, der in unruhigen Zeiten von seinem Besitz fortzieht.

Es ist völlig unbegreiflich, daß man das persönliche Legitimitäts-Prinzip einem corporativen hintansetzen kann; und doch ist es so. Haben sich nicht tausend Stimmen gegen die Ungerechtigkeit erhoben, mit der man gegen den Papst verfährt, während Niemand sich um den Großherzog von Toskana zu bekümmern scheint? und doch verliert letzterer Alles, während der Papst an Revenuen eher gewinnen als verlieren würde. In der Person des Großherzogs ist nicht allein das legitimistische Prinzip als Monarch verletzt, sondern das Familienrecht. Toskana gehört dem Hause Lothringen nicht weniger als irgend ein Privat-Besitz seinem Eigenthümer gehört, da es speziell für andere abgetretene Länder als Ersatz geschenkt und von allen Mächten anerkannt wurde.

Beim Papst ist der Fall ein ganz anderer. Die römischen Staaten sind als eine Körperschaft zu betrachten, deren Verwalter der Papst ist. In einer Corporation besteht kein Legitimitäts-Prinzip; diese kann sich nach Belieben auflösen. Der Papst ist nicht Sohn eines Papstes, er ist nicht einmal von seinem Vorgänger zum Erben eingesetzt worden, sondern gewählt von anderen ebenfalls Gewählten.

Die Unantastbarkeit der römischen Staaten ist ganz gut als Parteiwaffe zu brauchen, um die Masse in Bewegung zu setzen, ist aber für denkende Politiker ganz unhaltbar. Spricht die römische Corporation von dem Patrimonium Petri als von einem Prinzip, so stößt sie dasselbe um, sobald sie dieses Patrimonium entweder vergrößern oder schmälern will. Dasselbe hat Oesterreich faktisch im Jahre 1815 gethan, als es sich gegen Protest des Papstes Ferrara und Comacchio aneignete.

Will man conservativ vorgehen und den Papst erhalten, muß man ihn so stellen, daß in ihm eine Idee verkörpert und verherrlicht wird, und daß er nicht in den Staub weltlicher Interessen heruntergezogen werden kann, wo er fehlen muß wie ein anderer. Der Stellvertreter Christi darf nicht mit Ländern schachern. Die wahre Quelle seines Reichthums ist in den Gaben zu suchen, welche, wie Gebete, die täglich für ihn aus den Herzen der Gläubigen steigen, dem Nachfolger Petri dargebracht werden. Hören diese auf, dann hat, aber erst dann, die letzte Glocke des Papstthums geschlagen.

Grundsätze der Realpolitik,

angewendet auf die

staatlichen Zustände Deutschlands.

Von *. *. *.

Neue, mit einer Einleitung vermehrte Ausgabe.

Inhalt.

gr. 8. 15¼ Bog. 1859. Geh. Preis 2 fl. 15 kr. sdd. W. oder 1 Thlr. 10 Sgr.

Das Buch behandelt die Politik als eine reine Erfahrungswissenschaft, und es glaubt den Schlüssel derselben in einem einfachen Naturgesetze gefunden zu haben, welches bisher wenig beachtet und wenig verstanden worden ist. Ueberzeugt, daß durch idealistische Auffassung und speculative Behandlung keine Staatsfrage ihrer Lösung um ein Haarbreit näher gebracht wird, stellt sich der Verfasser in die Mitte der Thatsachen, um der Wirklichkeit die Mittel abzulernen und die Werkzeuge zu entlehnen, durch welche allein die Wirklichkeit bearbeitet werden kann. Auf streng realistischem Standpunkte stehend, macht der Verfasser sich's zum Gesetz, keine Illusion zu schonen, welche sich zwischen die Beobachtung und die Thatsache einzudrängen versucht. Die Rücksichtslosigkeit gegen gewisse Ueberlieferungen der Doktrin und gegen gewisse conventionelle Fiktionen des Jahrhunderts oder der Partheipolitik wird ohne Zweifel mancherlei Anstoß erregen; wir hegen indessen die Zuversicht, daß der Leser, je richtiger er die deutsche Gegenwart und deren Aufgabe versteht, desto mehr jene schonungslose Offenheit unserm Buche als Verdienst anrechnen werde.

Als die „Grundsätze der Realpolitik" vor sechs Jahren zum ersten Male erschienen, wurden sie von der Kritik und dem Publikum günstig aufgenommen. Gleichwohl war die damalige Abspannung des öffentlichen Geistes ein Hinderniß für diejenige vielfach umfassendere Verbreitung des Buches, welche ihm — unter den Erscheinungen der letzten Jahre seinem tieferen und dauernden Werthe nach eine der ersten und hervorragendsten — entschieden gebührt und Auflage über Auflage hätte nöthig machen sollen. Durch einheimische und auswärtige Anregungen scheint dieses Hinderniß jetzt beseitigt zu sein und wir glauben daher den Zeitpunkt gekommen, wo man uns Dank wissen wird, wenn wir die „Grundsätze der Realpolitik" vermehrt durch eine, die brennende Frage des Augenblicks erörternde Einleitung, der Lesewelt von Neuem anbieten. (Vorrede des Verlegers vom 15. März 1859.)

Geschichte

einer

konstitutionellen Monarchie,

oder

Geschichte Frankreichs unter Louis Philipp, d. i. 1830—1848.

Nach den besten Werken und authentischen Aktenstücken dargestellt

von

Simon Kaiser,

Fürsprecher aus Solothurn, z. Z. in Bern, jetzt Direktor der Cantonalbank in Solothurn.

gr. 8. 22 Bog. 1855. Geh. Preis 2 fl. 42 kr. sdd. W. oder 1 Thlr. 20 Sgr.

Die Darstellung jener Epoche unseres Jahrhunderts, die durch die Juli-Revolution von 1830 und die Februar-Revolution von 1848 begrenzt wird, ist unstreitig eine der wichtigsten in der Geschichte der civilisirten Staaten des kontinentalen Europa. Es künden sich in der Gesellschaft bisher kaum geahnte Erscheinungen an; das mit vieler Kunst aufgebaute formale Recht vermag den Bedürfnissen des Volkes nicht mehr zu genügen. Der Staat, der bloß auf diesen Formalismus sich stützt, ist fortwährenden Erschütterungen ausgesetzt. Man ist geneigt, die Ursache derselben im parlamentarischen Leben überhaupt zu finden, während dieselbe viel tiefer liegt, in der

Stellung nämlich, welche die Regierung zum Staatsganzen überhaupt einnimmt, eine Stellung, welche auch dann wieder in Frage kommt, wenn der Parlamentarismus erdrückt wird. Namentlich gilt dieß von Frankreich, dessen Geschichte sich in den übrigen civilisirten Staaten Europa's wiederspiegelt. — Obschon französische Bearbeiter, wie Louis Blanc und Elias Regnault, diese Epoche weitläufig behandeln, so geschieht es doch auf eine Weise, in der die für das deutsche Publikum wichtigen Hauptgesichtspunkte in den Hintergrund treten und dafür meist die specifisch französische Anschauung geboten wird. — Das vorliegende Werk hat sein Verdienst darin, daß es bei aller Würdigung der französischen Anschauungsweise in gedrängter Darstellung die Gesichtspunkte hervorhebt und beleuchtet, welche nicht nur für Frankreich, sondern für die übrige Geschichte Europa's von Gewicht sind. Besonders ist vom Autor, der als Schweizer in der Verfassung und den Gesetzen eines Staates Wahrheit zu finden und zu suchen gewohnt ist, auf Schwachheiten hingewiesen worden, denen bloß formale Staatskonstitutionen ausgesetzt sind. — Zum weitern Verständniß muß übrigens hervorgehoben werden, daß keineswegs etwa bloß eine Biographie von Louis Philipp gegeben wird, sondern eine geschichtliche Darstellung der Verhältnisse in den verschiedenen Richtungen, in denen der moderne, so Vieles umfassende Staat, speciell Frankreich seine Thätigkeit entfaltet. Es ist dieß in fünf Hauptstücken versucht worden. Das erste behandelt die Bewegungen der Parteien im Innern, das zweite die Beziehungen zum Auslande, das dritte die Eroberungen in Algier, das vierte die Verwaltung und das fünfte die neuen Lehren vom Staate in der Darstellung der socialistischen Systeme von St. Simon, Fourier und Louis Blanc. — Das Gesagte genügt, um das Publikum aufmerksam zu machen, welch wichtiger Stoff und in welcher nützlichen Form ihm durch das angekündigte Werk geboten ist. Beides, Stoff und Form, rechtfertigen seine Empfehlung beim gebildeten Leser.

Gustav Diezel's Schriften.

Von dem Verfasser der berühmt gewordenen Schriften:

Deutschland und die abendländische Civilisation.

Zur Läuterung unserer politischen und socialen Begriffe.

Die Frage der deutschen Zukunft.

Zweifel und Lösungsversuche dem deutschen Volke vorgelegt.

welche als unter die bedeutendsten Erscheinungen auf dem Felde der politischen Literatur gehörig allgemeine Anerkennung, wenn schon unter den entgegengesetzten Formen der Ausdrucksweise derselben (polizeilichen Verfolgungen und Verboten in mehren deutschen Staaten), gefunden haben, sind in unterzeichnetem Verlage ferner erschienen und können als nicht minder werthvoll empfohlen werden:

Frankreich, seine Elemente und ihre Entwicklung.

Mit einer Einleitung über Form und Freiheit in der Geschichte.

Gr. 8. 1853. Geheftet à 2 fl. 15 kr. sdd. W. oder 1 Thlr. 10 Sgr.

Eine principielle Analyse der Geschichte Frankreichs, die in ihrer Einfachheit und innern Nothwendigkeit die Aufmerksamkeit der Denkenden aller Partheien umsomehr in Anspruch nimmt, als sie zugleich über die wichtigsten socialen und politischen Fragen der Gegenwart und über die Zukunft, welcher Europa entgegen zu sehen hat, ein neues Licht verbreitet.

Rußland, Deutschland und die östliche Frage.

Gr. 8. 1853. Geheftet à 48 kr. sdd. W. oder 15 Sgr.

Die vorliegende Schrift darf nicht mit jenen ephemeren Broschüren in eine Reihe gestellt werden, welche für den Augenblick geschrieben mit den wechselnden Tagesereignissen ihr Interesse und ihren Werth verlieren; ganz in demselben ernsten und auf historische Forschungen begründeten Geiste wie die übrigen Schriften des Verfassers geschrieben, läßt sie die zufälligen und vorübergehenden Erscheinungen des Tages bei Seite und faßt dagegen das Allgemeine und Bleibende in's Auge, vor Allem das Wesen und die Grundlage russischer Nationalität und Politik, und die Bedeutung, welche die Entwicklung der Dinge im Osten für Deutschland haben wird.

Schollhorn

Betrachtungen eines Engländers über die Oesterreichischen Zustände

Stuttgart 1860